

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Georg Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Karsten Klein

Abg. Markus Reichhart

Abg. Christine Kamm

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Hubert Aiwanger

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 1 und 2 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)**

**(Drs. 16/10799)**

**- Zweite Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)**

**- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/11263 mit 16/11316 und 16/11318, 16/11456 mit 16/11493 und 16/11585 mit 16/11606),**

**von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/11215 mit 16/11240, 16/11440 mit 16/11455, 16/11545 mit 16/11566, 16/11730 und 16/11731)**

**sowie von Abgeordneten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/11241 mit 16/11262, 16/11494 mit 16/11508, 16/11567 und 16/11569 mit 16/11584)**

und

**Nicht vorberatene Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan 2012 der Fraktionen der CSU und der FDP (Drs. 16/11997), der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/11998) und**

**der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/11999)**

und

**Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsgesetz 2012**

**der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**hier: zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt 2012 (Drs. 16/11616),**

**hier: Nettotilgung (Drs. 16/11617),**

**hier: Rücknahme der Verlängerung der Wiederbesetzungssperre (Drs. 16/11618),**

**hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6 b HG (Drs. 16/11619),**

**hier: Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich (Drs. 16/11620),**

**hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/11621),**

**der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u. a. (SPD) (Drs. 16/11622)**

**sowie der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 16/11623)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Erster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Söder. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise ist die Zweite Lesung zum Nachtragshaushalt eher ein formaler Akt. Aber wir erleben heute einen Meilenstein der bayerischen Finanzpolitik. Es ist wichtig, dies noch einmal herauszustellen. Der Nachtragshaushalt, der heute hier beraten und verabschiedet wer-

den kann, ist ein Dokument der Seriosität, der Stärke, aber auch der moralischen Verantwortung für die kommenden Generationen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Während überall in Europa die Sorge vor den Finanzmärkten herrscht, während man sich überall in Europa darum bemüht, die Schuldenflut einzudämmen; während man sich überall in Europa und auch in einigen Ländern Deutschlands darum bemüht, nicht mehr Schulden zu machen, gehen wir schon einen Schritt weiter. Die Kernbotschaft unserer Haushaltspolitik lautet: Die eine Milliarde Euro, die wir heute tilgen, ist nicht nur der Einstieg in das schuldenfreie Bayern; sie ist auch ein einmaliger Beitrag in der Geschichte des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schulden sind unmoralisch, insbesondere dann, wenn man den Gegenwartskonsum der nächsten Generation in Rechnung stellt. So ist es oft gemacht worden. Aber Schulden sind nicht nur unmoralisch, sondern auch eine ökonomische Belastung für die Gegenwart; denn die zu zahlenden Zinsen sind immer verlorenes Geld.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen wir seit der Landesbank!)

Viele Länder, insbesondere diejenigen, die von Ihrer Partei, Herr Halbleib, regiert werden, haben in den letzten Jahren ungebremst Schulden gemacht. Dieses Schuldenmachen hat dazu geführt, dass die betreffenden Staaten und Volkswirtschaften heute in einer Situation sind, dass sie sich das Notwendige des Allgemeinguts nicht mehr leisten können. Wir in Bayern haben die niedrigste Zinsquote von allen. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir wollen mehr: Wir wollen nicht nur keine Schulden mehr machen, sondern wir wollen auch Schulden tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen, ein Land, das von seiner Größe und wirtschaftlichen Kraft her durchaus mit Bayern vergleichbar ist, hat einen Schuldenrekord - 172,7 Milliarden Euro! - aufgestellt. Die Regierung dort wollte sogar vier Milliarden Euro neue Schulden machen. 2011 konnte sie nur durch das Landesverfassungsgericht gestoppt werden. Nordrhein-Westfalen hat eine viermal so hohe, Berlin sogar eine siebenmal so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie Bayern. Eines kann man festhalten: Wenn es um kontinuierliche, glaubwürdige Haushaltspolitik geht, war und ist Bayern Vorbild für ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind nicht nur Vorbild, sondern entwickeln uns tatsächlich als Modellregion für Deutschland, aber auch für ganz Europa. Die eine Milliarde, die wir heute tilgen, entspricht fast fünf Prozent der allgemeinen Haushaltsschulden.

Das ist nur der erste Schritt. Es handelt sich nicht um eine einmalige, singuläre Aktion, sondern wir gehen weiter. Unser Ziel ist das schuldenfreie Bayern 2030. Dem ersten Schritt wird der zweite kräftige Schritt folgen. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt erneut mindestens eine Milliarde zur Tilgung ansetzen, und dies - das ist ganz wichtig -, ohne andere Programme kürzen zu müssen oder zu sparen. Wir haben in der Vergangenheit so gut gewirtschaftet, dass wir das nicht nur leisten können, sondern auch leisten wollen. Das sind übrigens fast zehn Prozent der allgemeinen Haushaltsschulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu erwähnen ist, dass sogar der Oberste Rechnungshof dies ausdrücklich anerkannt und uns heute dafür gelobt hat. An dieser Stelle ein Dankeschön zurück!

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist eine eigenwillige Interpretation!)

Übrigens: Wenn man die zwei Milliarden Euro jetzt ansetzen würde, bedeutete dies allein auf dem Weg bis 2030 über eine Milliarde Euro Zinersparnis.

Seit 2006 gilt bei uns de facto eine Schuldenbremse, nämlich über den ausgeglichenen Haushalt. Damals war unser Vorhaben heftig umstritten. Ich erinnere mich an verschiedene Pressemitteilungen der Opposition, in denen behauptet wurde, der ausgeglichene Haushalt sei eine Luftnummer, ja Populismus. Zudem sei er schädlich, und er werde sogar das Bayernland belasten.

(Alexander König (CSU): So war's!)

Heute stehen wir nicht nur fiskalisch und haushaltspolitisch, sondern auch ökonomisch und gesellschaftspolitisch an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland. Der ausgeglichene Haushalt ist ein Markenzeichen für gute Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Schuldenbremse übrigens auch in der Verfassung verankern, obwohl wir sie de facto bereits haben. Ich hoffe, alle machen mit. Mich freut, dass auch auf dem Parteitag der SPD beschlossen wurde, eine Schuldenbremse einzuführen. Allerdings ist das Motiv offenkundig nicht die innere Überzeugung, dass Schuldenmachen falsch ist, sondern es ist mehr ein taktisches Motiv. Auch die "Süddeutsche Zeitung" vom 26. März schreibt, dies sei wohl aus taktischen Gründen beschlossen worden. Sonst sei die SPD am Ende wohl die einzige Partei, die sich gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung ausspreche.

Also, meine Damen und Herren, offensichtlich geht es mehr um taktische als um inhaltliche Motive. Schließen Sie sich unserem Kurs an. Das ist der bessere Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): So ein Quatsch!)

2030 schuldenfrei! Wir werden auch hier normative Ansätze finden. Durch die Haushaltsgesetzgebung und Haushaltsordnung können wir klarmachen, dass uns das ernst ist, dass es nicht nur eine Gegenwartsbetrachtung ist. Wir starten klar: Wir sparen Zin-

sen ein. Wir werden jährlich konjunkturabhängige Beiträge aus dem Haushalt erbringen können.

Wir werden einen großen Anteil aus einem der ungerechtesten Finanzausgleichssysteme nicht nur Deutschlands, sondern sogar der Welt, nämlich dem Länderfinanzausgleich, einbringen wollen und müssen. Die verfassungsrechtliche Ungerechtigkeit ist geradezu offenkundig. Derzeit trägt der Freistaat Bayern alleine 3,7 Milliarden Euro, also mehr als die Hälfte der Lasten. Dieser Betrag sollte auf viele Schultern der Geberländer verteilt werden. Stattdessen trägt nur noch einer die Last; nicht viele Schwächere bekommen die Leistung, sondern nur noch einer, nämlich Berlin, sodass es im Moment so aussieht, dass der Freistaat Bayern quasi das Bundesland Berlin finanziert. Dies ist offenkundig ungerecht und aus unserer Sicht verfassungswidrig und muss geändert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

2030 schuldenfrei - wenn es einer schafft, dann Bayern, meine Damen und Herren. Darum wünschen wir uns, dass jeder auf diesem Weg nicht nur mäkelt oder nörgelt, sondern ganz konkrete Vorschläge macht.

Im Nachtragshaushalt geht es übrigens nicht nur um Tilgen, sondern es geht insgesamt um Vorsorge. Der Tilgungscharakter hat tief präventiven Vorsorgecharakter für die Zukunft. Durch Schuldentilgung und den Pensionsfonds, den wir jetzt auf den Weg bringen, schaffen wir ein sehr kräftiges Vorsorgepaket. Jährlich fließen 100 Millionen Euro in die beiden vereinten Fonds ein, in den bayerischen Pensionsfonds der Zukunft. Beide Seiten, unsere Staatsdiener und der Haushaltsgesetzgeber, tragen künftig dazu bei, Vorsorge zu treffen, sodass bereits ab 2023 die Zuführung zur Dämpfung bei den Pensionen erfolgen kann. Wir haben auch klar vereinbart, dass wir ab 2030 die 1 Milliarde Euro, die wir uns dann an Zinsen sparen - man muss sich das überlegen: 1 Milliarde Euro Zinsen, die jetzt im Grunde verlorenes Geld sind -, künftig auch zur Vorsorge bei den Beamten einsetzen. Darum kann man schon sagen: Es gibt

kaum ein Land, das so nachhaltig vorsorgt wie der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In dem Zusammenhang ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Pensionen wie Gehälter keine verdeckten Schulden sind. Schulden sind das, wofür man Zinsen bezahlen muss. Pensionen sind keine Schulden, sondern Verpflichtungen für lebenslange Leistung. Unsere Beamten verrichten eine hervorragende Tätigkeit. Wir stehen zu ihnen. Sie haben einen Anspruch auf eine sichere Altersversorgung. Ich würde herzlich darum bitten, wenn wir über die Zukunft der Beamtenversorgung reden, dass es nicht immer so dargestellt wird, als wären uns die Beamten eine Last. Ganz im Gegenteil, wir stehen zu ihnen und sorgen für eine gerechte Alimentierung. Der Beamtenbund unterstützt uns auf dem Weg dort hin.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD), Volkmar Halbleib (SPD) und Ludwig Wörner (SPD))

- Herr Wörner, der Nachtragshaushalt ist Tilgung und Vorsorge, aber auch Investition und Teilhabe. Zur Investitionsquote werden die Kollegen Winter, Klein und andere, die aus ihren Fraktionen einen Beitrag dazu bringen, deutliche Ausführungen machen. Die Investitionsquote von über 12 % ist deswegen wichtig, weil sie das Testat für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und eine Investition in die Infrastruktur ist. Davon leben Handel, Handwerk und Industrie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben aber auch Teilhabe für die Kommunen. Es gilt schon herauszustellen, wie die derzeitige Lage ist. Mit über 7 Milliarden Euro haben wir den höchsten Finanzausgleich für die Kommunen in der bayerischen Geschichte. Dass alle kommunalen Spitzenverbände dafür am Ende ein Lob ausgesprochen haben, zeigt, dass das der richtige Weg ist. Wenn wir alle Leistungen des Nachtragshaushalts zusammenrechnen, nicht nur den Finanzausgleich, wird fast jeder vierte Euro des Nachtragshaushalts direkt oder indirekt den Kommunen zugutekommen. Eine bessere Unterstützung der



kommunalen Basis als dieser Nachtragshaushalt ist nicht denkbar, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man muss sehen, dass auch unsere Kommunen enorme Zuwächse an Steuergewinnen haben. Wir sind Spitzenreiter bei den Investitionen. Die bayerischen Kommunen hatten 2010 eine Investitionsquote von 23,4 %, die Kommunen der westlichen Flächenländer insgesamt übrigens nur 14,9 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung der bayerischen Kommunen ist im Schnitt mit 1.049 Euro je Einwohner die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer West.

Meine Damen und Herren, klar, es gibt immer noch etwas zu verbessern. Wir wollen fortsetzen, was wir schon im Finanzausgleichsgesetz begonnen haben, nämlich strukturschwachen Kommunen besser zu helfen. Wir werden das schwierige Konstrukt des Finanzausgleichs überprüfen, um Justierungen vornehmen zu können, die am Ende den ganz schwachen Kommunen helfen. Die kommunalen Spitzenverbände haben unser Gesprächsangebot - übrigens auch mein Gesprächsangebot - sehr bewusst und positiv aufgenommen. Ich bin sicher, wenn alle, wirklich alle, bereit sind, einen Beitrag zu leisten, kommen wir zu einem guten Ergebnis. Wir wollen, dass die Leistungsfähigen stark bleiben und die Schwächsten eine Chance haben, teilhaben zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein vorletzter Punkt. Für die Zukunft und für die gesamte Haushaltspolitik ist es wichtig, dass Geld verdient wird. Deswegen ist es für die Stabilität eines Haushalts immer wichtig, auf die Wirtschaft zu achten. Es geht uns gut, die Konjunktur ist stabil. Die Frage ist, ob wir uns zutrauen, die Konjunktur zu gefährden. Welche Vorschläge belasten die Zukunft? Meine Damen und Herren, wir als Mehrheitsfraktion und als Staatsregierung wollen Schuldenbremse und Schuldentilgung. Die jüngsten Beschlüsse auf Parteitag gehen aber in eine andere Richtung. Ich habe gelesen, es gibt eine

Partei, die eine Steuersenkungsbremse fordert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Ja was ist denn das?)

Stellen Sie sich vor, es soll per Verfassung verboten werden - so Teile der Opposition -, den Bürgern Geld zurückzugeben. Einen stärkeren Enteignungseingriff habe ich noch nie erlebt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das kann nicht der Weg sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte die Parteien, die heute in der Opposition sind, ganz herzlich, mit ihren Kollegen in anderen Ländern zu reden. Sie müssen sich vorstellen: Derzeit stockt ein Verfahren im Bundesrat, die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des Grundfreibetrages und die steuermoralisch zutiefst gerechtfertigte Änderung bei der kalten Progression endlich anzugehen. Das Verfahren kommt nicht voran. Das Einfachste, was man überhaupt machen kann und das evident ist, wird derzeit blockiert. Leider sieht es so aus, als ob das noch weiterginge.

(Markus Rinderspacher (SPD): 20 Milliarden Nettoneuverschuldung im Bund! Die CSU ist dabei!)

Herr Rinderspacher, Sie haben auf Ihren Parteitage nicht nur beschlossen, dass Sie möglicherweise auch für eine Schuldenbremse sind, Sie haben auch ein klares Konzept dargestellt, wie das geschehen soll. Dieses Konzept, meine Damen und Herren, geht in die Richtung, nicht über Ausgaben zu reden, sondern Einnahmen zu generieren. Und diese Einnahmen sind für Sie in erster Linie Steuern. Meine Damen und Herren, wer Steuern erhöhen will, der schafft keine Schulden-, sondern eine Wachstumsbremse.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und das kann Bayern nicht gebrauchen: eine Steuerpolitik, die eine massive Erhöhung der Einkommensteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Rücknahme von steuerlichen Entlastungen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Abschaffung jeder Steuererleichterung für Agrardiesel und anderer ökologischer Steuererleichterungen vorsieht, ein Programm, das im Endeffekt weit über 20 Milliarden Euro Belastungen für unsere Wirtschaft und die Bürger zur Folge hätte. Da kann ich nur sagen: Andere Länder beneiden uns um unsere Konjunktur.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Offenkundig geht es uns schon so gut, dass wir uns aufs Eis wagen wollen. Ich kann nur sagen, Achtung vor der Steuerschraube! Steuererhöhungen sind Gift für Arbeitsplätze und für die Konjunktur in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn es immer heißt, es gebe keine Unterschiede: Hier liegen sie auf dem Tisch. Wir wollen Schulden tilgen und nicht neue Schulden machen. Wir wollen Schulden tilgen und nicht Steuern erhöhen. Wir wollen eine solide Haushaltspolitik machen, die Investitionen, Teilhabe und Integration ermöglicht, und wir setzen, meine Damen und Herren, auf die Zukunft. Das ist der entscheidende Punkt für einen schuldenfreien Haushalt. Das Entscheidende ist, dass wir uns unabhängig machen wollen.

Gestern tagten viele Experten zu der Frage: Wie werden Finanzmärkte auf künftige Rettungsschirme reagieren? Wir wollen für Bayern keine Rettungsschirme, wir wollen aus eigener Kraft die Leistung erbringen. Wir sind stark genug, um unabhängig von Finanzmärkten nicht bei anderen um Rettungsschirme zu betteln. Wir wollen es aus eigener Kraft schaffen, und dafür ist dieser Haushalt eine Grundlage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Söder. - Als Nächster hat der Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Volkmar Halbleib (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschluss der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012 steht in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit drei Ereignissen, die ganz unabhängig vom Abschluss der Haushaltsberatungen ein Schlaglicht auf die finanzpolitische Kompetenz sowie die finanzpolitische Verantwortung von CSU und FDP werfen.

Diese Verabschiedung des Nachtragshaushaltes findet statt, kurz nachdem die CSU eine weitere den Bürgerinnen und Bürgern erklärte rote Linie beim Euro-Rettungsschirm überschritten und damit erneut ein Beispiel dafür gegeben hat, was mit finanzpolitischer Glaubwürdigkeit gemeint ist: Eine rote Linie vorzugeben und sie immer wieder zu überschreiten.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Besser, eine rote Linie zu haben, als keine!)

Sie findet an einem Tag statt, an dem der Bayerische Oberste Rechnungshof, sehr geehrter Herr Finanzminister, der bayerischen Finanzpolitik genau das Gegenteil der von Ihnen gebrauchten Worte - Stärke, Solidität und moralische Verantwortung - attestiert und der finanzpolitischen Kompetenz ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellt.

Wenn man liest, was der Bayerische Oberste Rechnungshof zu den Milliardenschäden sagt, die durch die Unterausstattung über Jahre und Jahrzehnte durch die CSU entstanden sind - Milliardenschäden an Volkseinkommen des Freistaates Bayern und an diesem Staatshaushalt -, so ist dies ein denkbar schlechtes Zeugnis für diese Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Bravo!)

Dem Desaster bei der Bayerischen Landesbank fügen Sie ein weiteres hinzu: die partielle Zerstörung eines Stiftungsvermögens, das für soziale, kulturelle und sonstige Initiativen in diesem Lande sehr wichtig ist. Sie haben - das dokumentiert der Bericht des Rechnungshofes - Volksvermögen in der Landesstiftung zerstört, und das ist nicht solide, sondern das Gegenteil davon.

(Beifall bei der SPD)

Diese Haushaltsberatungen finden nach einer Nacht statt, in der deutlich geworden ist, dass CSU und FDP, die schwarz-gelbe Regierung, in einer ganz zentralen Aufgabe der Infrastrukturpolitik - um nicht zu sagen, in der entscheidenden Aufgabe - verzögert, verschlafen und verdummt hat. Sie versuchen nun förmlich in allerletzter Minute - heute Morgen, gestern Nacht -, Ihre jahrelangen Versäumnisse bei der Breitbandausstattung des Freistaates Bayern im Nachtragshaushaltsentwurf, in Nachschublisten und Tischvorlagen von CSU- und FDP-Fraktion zu korrigieren, nachdem Sie jahrelang die Möglichkeit dazu hatten. Das ist ein denkbar schlechtes Zeugnis für Ihre bisherige Finanz- und Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Insofern war es ein Stück weit Söders Märchenstunde.

(Zurufe von der CSU)

- Ja, wenn ich an diesem Redepult von Solidität und moralischer Verantwortung spreche und vom Bayerischen Obersten Rechnungshof am gleichen Tag dieses Zeugnis ausgestellt bekomme, dann kann ich nur sagen: Das war eine Rede, die schon in den Bereich der Märchenstunde gehört.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Der Rechnungshof hat das bestätigt, was richtig ist! Haben Sie das nicht gelesen?)

Wir kommen in diesem Umfeld zur Abschlussberatung des Nachtragshaushaltes 2012 und auch hier stellen wir fest, dass die hehren Worte und die haushaltspolitische Realität einfach nicht zusammenpassen; denn was ist denn der Nachtragshaushalt 2012 anderes als die Korrektur von Fehlern, Versäumnissen und Unzulänglichkeiten, die Sie im Stammhaushalt 2011/2012 zu verantworten haben?

(Georg Schmid (CSU): Nur Not und Elend!)

So kann man den Nachtragshaushalt mit Fug und Recht als Dokument sowie als Zeichen dafür lesen, wie berechtigt die Kritik der Opposition, der SPD-Fraktion, an den bisherigen Haushaltszahlen war. Die erreichten Verbesserungen sind damit auch der Oppositionsarbeit der SPD und der anderen Oppositionsfraktionen zu verdanken. Sie sind aber vor allem ein Zeugnis dafür, dass Sie bisher massive Versäumnisse in der Haushaltspolitik zu verantworten haben, die Sie nun mühsam korrigieren müssen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Ich erinnere mich noch sehr gut, als wir vor einem Jahr über die Lehrerausstattung in diesem Land diskutiert und empörte Reaktionen für unsere Kritik an den künftig wegfallenden Stellen bekommen haben, die in massivem Umfang im Haushalt ausgebracht wurden. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie Sie den BLLV mit Demagogie verfolgt haben, als er genau diesen wunden Punkt angesprochen hat. Sie haben damals all unsere Änderungsanträge abgelehnt. Jetzt müssen Sie zugeben, dass Sie mit der Lehrerausstattung nicht mehr hinkommen und gezwungen sind, dem endlich nachzukommen, was wir schon immer gesagt haben, und mehr Lehrkräfte an den Schulen im Freistaat Bayern zur Verfügung zu stellen. Sie gestehen ein - zwar in geringem Umfang, aber immerhin -, dass es ein Fehler war, unsere Anträge vor einem Jahr abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

So ist es auch bei den Polizeibeamten. Der Innenminister musste mittlerweile sogar einräumen, dass die Polizeireform vielleicht doch nicht das gloriose Wunderwerk der CSU war, sondern durchaus Probleme im Polizeivollzugsdienst mit sich bringt.

Bei den Finanzbeamten - ich komme noch darauf zu sprechen - gibt es ein Sondernotprogramm, um dem drastischen Defizit in der Personalausstattung der Finanzverwaltung überhaupt noch etwas entgegenzusetzen, weil man es jahrzehntelang verschlafen hat. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass bisher viel zu wenig getan wurde.

Auch die Abfinanzierungsprogramme, die jetzt so hoch gerühmt werden, zeigen nichts anderes, als dass Sie die Programme bisher nicht ordnungsgemäß ausgestattet haben und sowohl Kommunen, Behinderteneinrichtungen, Kirchen und Landwirtschaft über Jahre hinweg auf Zuschüsse gewartet haben. Das Abfinanzierungsprogramm zeigt nur die Defizite in Ihrer bisherigen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Es zeigt die Handlungsfähigkeit der Staatsregierung!)

Das gilt auch für die von der CSU und der FDP leider häufig im wahrsten Sinne des Wortes in letzter Minute als Tischvorlage eingereichten Änderungsanträge. Die Kurzfristigkeit, mit der dies geschehen ist, zeigt auch, dass entgegen der nach außen gespielten verbesserten Zusammenarbeit in der schwarz-gelben Koalition nach wie vor eine sehr schwierige Zusammenarbeitsstruktur besteht. Bis in die letzten Minuten wurde gerungen, ob und welche Anträge eingereicht werden. Aber auch diese Änderungsanträge sind ein deutlicher Beleg für die Schwächen im Haushaltsentwurf der Staatsregierung und ein Zeichen dafür, dass wir bei den Punkten, die wir kritisiert haben, recht hatten.

(Georg Schmid (CSU): Wir denken mit! Das ist Eigeninitiative!)

Das gilt insbesondere für die Investitionsquote im staatlichen Bauprogramm. Ich bin den Kollegen dankbar - das möchte ich hiermit zum Ausdruck bringen -, dass sie für

dieses Bauprogramm 145 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben. Dies ist aber zugleich ein Zeichen dafür, dass diese Summe im Regierungsentwurf der Staatsregierung gefehlt hat. Hier musste nachgebessert werden, zum Teil in letzter Sekunde.

Wie der Stammhaushalt ist auch dieser Haushalt leider kein Aufbruch für Bayern, sondern trotz aller Nachbesserungen, Kaschierungen und Feigenblätter nach wie vor ein Haushalt, der viele Defizite aufweist. Die Lehrgeldausstattung ist nach wie vor prekär. Sie wissen das. Unsere Forderung ist wieder einmal vom Tisch gewischt worden, wie auch beim letzten Mal. Jetzt mussten Sie nachbessern. Wir sind sehr gespannt, wann Sie zu erkennen geben, dass unsere Forderung berechtigt war. Ich vermute, das wird bereits in wenigen Monaten, zum Doppelhaushalt 2013/2014, der Fall sein. Ihre Art von Haushaltspolitik ist es, berechnete Anträge abzulehnen, um dann später zugeben zu müssen, dass Sie Defizite haben, insbesondere in der Bildungs- und der Schulpolitik.

Bei der Inklusion gibt es wenige weiterführende Initiativen. Bei den Ganztagschulen ist Bayern immer noch Schlusslicht. Es fehlt an Initiativen, die finanziell unterfüttert werden. Auch der Aufbau der Schulsozialarbeit ist ein Defizitbereich. Daneben weigern Sie sich nach wie vor, die Sozialbarrieren beim Studium durch die Streichung der Studienbeiträge abzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verfolgen eine Salamtaktik. Warum schaffen Sie es angesichts der Haushaltslage des Jahres 2012 nicht, den Eltern im Freistaat zu sagen, dass ab dem nächsten Jahr das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei sein wird? Das ist eine Salamtaktik, die zur Verunsicherung der Eltern führt. Wir wollen Klarheit und haben das auch in den entsprechenden Haushaltsanträgen zum Ausdruck gebracht. Sie verzögern diese notwendige Reform und schieben sie in die Zukunft. Das bedauern wir sehr. Wir wären bei diesem Haushalt in der Lage gewesen, dieses positive Signal an die Eltern und die Kinder dieses Freistaats zu schicken. Sie waren dazu leider nicht in der Lage.



(Beifall bei der SPD)

Bei der Energiewende sieht es ganz eigenartig aus. Sie glauben tatsächlich, diese Energiewende mit ein paar verstreuten Anträgen und Schwerpunkten schaffen zu können. Sie glauben tatsächlich, dass es genügt, einen Wasserkopf bei der Staatsregierung zu haben, und verzichten auf die gezielte Förderung kommunaler Energieagenturen, durch die die Energiewende tatsächlich umgesetzt werden muss. Ohne die Kommunen findet in Bayern keine Energiewende statt. Es ist bedauerlich, dass Sie es nicht geschafft haben, einem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung von Energieagenturen in den Kommunen zuzustimmen. Das wäre der richtige Akzent für die Energiepolitik gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie im Jahr eins nach der Energiewende das Landesprogramm "Klima 2020" im Jahr 2011 bereits beendet haben und es nicht fortsetzen werden. Im Hinblick auf die Vorbildfunktion des Freistaats Bayern kann es doch nicht sein, dass Sie im Jahr eins nach der Energiewende für energetische Sanierungen weniger ausgeben als vor Fukushima. Das kann doch nicht das Signal eines Freistaats sein, der nach außen bekundet: Wir wollen an der Energiewende teilhaben. Sie geben für die energetische Sanierung weniger aus als im Vorjahr. Das ist ein Armutszeugnis für diese Staatsregierung.

(Albert Füracker (CSU): Ein Armutszeugnis ist diese Rede, sonst nichts!)

Ich komme zum Breitbandausbau. Das ist das Thema Armutszeugnis zwei. Von Huber über Zeil: Eine Geschichte der Versäumnisse von CSU und FDP über fünf Jahre. Alle Änderungsanträge der SPD zum Haushalt wurden abgelehnt. Unsere Forderung lag klar auf dem Tisch. Einen Tag vor der Verabschiedung des Nachtragshaushalts im Parlament kommt dann ein Änderungsantrag zur Zweiten Lesung auf den Tisch des Hauses.

(Georg Schmid (CSU): Das ist Entscheidungskraft!)

Das ist der Beweis dafür, dass die Staatsregierung von CSU und FDP nicht fähig war, eine zentrale Zukunftsherausforderung rechtzeitig und konsequent anzupacken.

(Georg Schmid (CSU): Ganz im Gegenteil: rechtzeitig! Heute ist der letzte Tag!)

Sie hat vielmehr gezögert, gezaudert und gestritten. Das kann humorvoll beurteilt werden. Diese schwarz-gelbe Regierungskoalition ist ein aufgescheuchter Hühnerhaufen, keine geordnete Entscheidungsformation.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn sie endlich flattern würden! Aber sie rühren sich nicht!)

Durch Ihre chaotische Breitbandpolitik haben Sie der Entwicklung der ländlichen Räume dieses Freistaats einen massiven Schlag zugefügt. Jetzt wollen Sie den Schaden im Nachhinein abmildern. Aber der Schaden durch die massive Verzögerung des Breitbandausbaus im Freistaat Bayern bleibt. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Wo leben Sie denn, Herr Halbleib?)

Dieser Haushalt 2012 ist ein Haushalt der fortwährenden Erblast der CSU-Fehler bei der Landesbank. Ich bin ganz überrascht über die Worte, die der Finanzminister dazu gefunden hat. Dazu werde ich aber noch kommen. Der Finanzminister hat davon gesprochen, dass Schulden unmoralisch sind. Ich würde sagen: Schulden sind vor allem dann unmoralisch, wenn sie auf eine Art und Weise erzeugt worden sind, wie Sie dies bei der Bayerischen Landesbank getan haben, nämlich durch fehlende Aufsicht, fehlende Steuerung und durch eine Fehlorientierung der Bankenpolitik. Das haben Sie zu verantworten. Jetzt stellen Sie sich hierher und sagen: Schulden sind unmoralisch. Sie haben diese unmoralischen Schulden in Höhe von 10 Milliarden Euro für den Freistaat Bayern aufgetürmt. Das ist die Verantwortung der CSU in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben recht. Dieser Haushalt 2012 wird tatsächlich in die Geschichte des Freistaats Bayern eingehen; denn er führt zur faktischen Liquidierung der Vorsorgesysteme bei den Beamtenpensionen. CSU und FDP wollen heute mit ihrer Entscheidung zum Nachtragshaushalt ein zentrales Projekt der finanzpolitischen Nachhaltigkeit der bayerischen Landespolitik zerstören, das erst 2008 unter der Verantwortung von Ministerpräsident Dr. Beckstein und Finanzminister Huber mit unserer Unterstützung auf den Weg gebracht wurde, den Versorgungsfonds. Im Jahre 2008 wurde dieses Versorgungssystem erst auf den Weg gebracht. Heute, an diesem 27. März, entscheiden Sie, dieses Versorgungssystem zu zerstören und aufzugeben. Das halten wir für einen bedauerlichen Irrweg, den wir nicht wollen. Wir sagen den Bürgern klar: Das Vorsorgesystem war sinnvoll. Seine Zerstörung ist ein Irrweg.

(Thomas Hacker (FDP): Deswegen werden wir Jahr für Jahr hundert Millionen einzahlen!)

Jetzt komme ich zu dem Wunderwerk, das Sie auch heute wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt haben, der Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro. Grundsätzlich ist die Tilgung von Schulden, wenn dies finanzpolitisch möglich ist und wenn das die Konjunktur hergibt, eine richtige Maßnahme. Was Sie jedoch tun, offenbart ein Verständnis von Finanzpolitik, das mit Berechenbarkeit, mit Solidität und Ehrlichkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Wie gehen Sie denn mit dieser Schuldentilgung um und wie finanzieren Sie sie? Die entscheidenden Punkte sind doch die Schuldentilgung, die Sie für das Jahr 2012 beabsichtigen und die Schuldentilgung, die Sie für die Jahre 2013/2014 angekündigt haben, in beiden Fällen eine Milliarde Euro.

Diese Schuldentilgung wird bezahlt, indem Sie ein Vorsorgesystem zerschlagen und das Geld, das in dieses Vorsorgesystem fließen sollte, einfach in die Schuldentilgung stecken. Auch wenn Sie das abstreiten und nicht wahrhaben wollen: Ökonomisch gesehen sind nicht getätigte Rückstellungen neue Schulden, weil sie finanzielle Lasten in die Zukunft verschieben. Die Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro wird dadurch bezahlt, dass Sie finanzielle Lasten und neue Schulden durch eine Kappung

der Vorsorgesysteme produzieren. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Ökonomisch ist es ein Jammer, dass Sie die Schuldentilgung, die ein sinnvoller Vorgang ist, mit einer Zerstörung wichtiger Vorsorgesysteme finanzieren. Das lehnen wir grundsätzlich ab.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt wollen Sie bis 2017 knapp drei Milliarden Euro weniger an Vorsorge leisten, als es in den gesetzlichen Grundlagen, die Sie selber beschlossen haben, vorgesehen ist. Sie haben ein gutes und ehrbares Ziel, nämlich die Tilgung von Staatsschulden, leider in den Bereich eines finanzpolitischen Hütchenspiels gebracht, nämlich: rechte Tasche - linke Tasche. Sie haben alte Schulden beglichen und neue Schulden und Verbindlichkeiten für die Zukunft aufgebaut. Das ist keine solide und seriöse Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie, Herr Finanzminister, die moralische Messlatte heute so hoch gehängt haben,

(Zuruf von der SPD)

darf ich schon einmal darauf hinweisen, was es mit dem angeblich großen Schuldentilgungskonzept auf sich hat. Das ist in den letzten Tagen deutlich geworden: Je näher man diesem Scheinriesen Schuldentilgung 2030 getreten ist, desto kleiner ist er geworden, immer wieder kleiner, je näher man ihn beobachtet hat. Zum Schluss ist eigentlich wenig Substanzielles übrig geblieben. Letztendlich ist Ihr Tilgungskonzept bei näherem Hinschauen eine Kombination von Absichtserklärungen, Luftnummern und Trickereien über Versorgungsfonds, aber mit wenig inhaltlicher Substanz.

Es kann aber nicht angehen, dass Sie hier von unmoralischen Schulden sprechen und nicht erwähnen, dass Sie es waren, die seit 2008 zehn Milliarden Euro Schulden in diesem Freistaat aufgebaut haben, die Schuldenlast mit einem Schlag um 45 % an-

stiegen ließen, die die Schuldenbelastung eines jeden Bayern um 830 € hat steigen lassen,

(Zurufe von der CSU)

dass Sie es waren, die die Schulden produziert haben.

Nun buchen Sie die von Ihnen neu produzierten Schulden plötzlich aus dem Schuldentilgungsplan, weil das die Landesbank bezahlen soll. Das ist eine aberwitzige Vorstellung: dass Sie gerade die Schulden, die Sie erst in letzter Zeit gemacht haben und die die Finanzpolitik in diesem Freistaat massiv belasten, rechnerisch, moralisch, intellektuell einfach herausnehmen. Das ist wirklich ein Abgrund seriöser Finanzpolitik. So kann es nicht gehen, Herr Finanzminister! Das ist eine unmoralische Finanzpolitik, wenn Sie sich nicht zu Ihren Schulden bekennen. Zehn Milliarden Euro haben Sie in den letzten drei Jahren für diesen Freistaat als CSU zu verantworten, und Sie sollten die Wählerinnen und Wähler hier in Demut um Entschuldigung für diese Fehler bitten,

(Zurufe von der CSU)

aber sich nicht hier in moralischer Art und Weise aufspielen und sich als Schuldentilger gebärden. Das passt nicht zusammen!

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch der erste Trick, mit dem Sie schon zehn Milliarden Euro aus Ihrer Schuldentilgungsrechnung herausnehmen.

Und dann ging es um die jährliche Schuldentilgung. Von den zwei Milliarden Euro, die Sie tilgen wollen, habe ich schon gesprochen. Das wird finanziert durch die Zerstörung der Vorsorgesysteme, durch nichts anderes. Dann schlagen Sie ab 2015 eine jährliche Schuldentilgung von einem Prozent der Steuereinnahmen vor. Kaum haben Sie diesen Vorschlag unterbreitet, sagen die Finanzpolitiker von CSU und FDP: Es ist ein erster Vorschlag, aber er hat Schwächen, und wir geben ihn zur Bearbeitung zurück.

Das Echo in der medialen Beobachtung ist auch deutlich. Ich darf Ihnen nur einmal zwei Stimmen vorlesen. Erlauben Sie mir, dass ich als Unterfranke Stimmen aus Franken nehme.

Die "Nürnberger Nachrichten" schreiben am 14.03.2012: Söder hat eine Komponente eingebaut, die zumindest ansatzweise nach Sparen klingt.

Sie ist weg, gestrichen, weil sie schmerzt. Mit ihr verschwindet der einzige Punkt, der konkret war, der ein untermauertes Fundament besessen hat. Alles andere, ob Finanzausgleich, Landesbankverkauf oder steigende Steuern, baut auf Vermutungen auf, die sich in ferner Zukunft erfüllen oder auch nicht. Der Sparplan jedenfalls, das ist jetzt klar, hat sich über das Symbolische hinaus erledigt.

So direktes Zitat aus den "Nürnberger Nachrichten".

Ein weiteres Zitat:

Wenn die Koalition nun allerdings Söders Idee einer fixen jährlichen Sondertilgung kippt, bleibt von Horst Seehofers kühner Vision eines "Schuldenfreistaats Bayern" nicht viel Konkretes mehr übrig als die versprochenen Milliarden-Rückzahlungen 2012 und 2013.

Bezahlt aus den Pensionsfonds. So schaut es aus, so schaut Ihre seriöse Finanzpolitik aus: nichts dahinter, ein Projekt von Ankündigungen ohne Substanz.

(Christa Naaß (SPD): Die Angesprochenen sollten doch zuhören!)

Ich muss es leider in dieser Deutlichkeit an dieser Stelle sagen. Sie, Herr Finanzminister, sagen kein Wort zu zwei Punkten. Denn die Frage des Schuldenabbaus im Freistaat Bayern muss auch die Frage nach zwei Verschuldensformen beantworten. Zum einen ist es nämlich die versteckte Verschuldung. Hier belegen die Berichte des Obersten Rechnungshofes seit Jahr und Tag, dass Sie permanent versteckte Verschuldung aufbauen, indem Sie zu wenig Geld in den Substanzerhalt bei Staatsstraßen und

bei staatlichen Gebäuden stecken. Insgesamt errechnet der Rechnungshof bei den Staatsstraßen eine vor sich her geschobene Unterhaltsnotwendigkeit von 700 Millionen Euro und eine Unterhaltsverpflichtung bei den Gebäuden von mindestens 1,2 Milliarden Euro. Jährlich kommen neue Beträge dazu. Kein Wort dazu von Ihnen.

Kein Wort auch dazu, was ein zentraler Punkt ist, dass ich nämlich, wenn ich die Entschuldung des Freistaates Bayern in den Blick nehme, auch parallel dazu die Entschuldung der bayerischen Kommunen in den Blick nehmen muss,

(Beifall bei der SPD)

weil sonst die Schuldenlast des Freistaates Bayern auf die Kommunen abgeschoben wird. Das ist ein Weg, den wir nicht zulassen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Zurufe von der CSU)

Ein paar Wochen kann es gut gehen -, das haben wir alle festgestellt -, dass die Leute auf eine solche Ankündigung hereinfallen, aber eben nur ein paar Wochen. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die famose Marketing-Idee Schuldentilgung 2030 wie ein Luftballon geplatzt ist. Ganz schön dick haben der Finanzminister und der Ministerpräsident die Backen gemacht, bis sie schön prall schienen. Aber es hat nur ein paar Piekse gebraucht - ich habe Ihnen über ein paar von ihnen berichtet -, um die heiße Luft entweichen zu lassen.

Im Nachhinein, liebe Kolleginnen und Kollegen - und ich darf ihm an dieser Stelle auch einen herzlichen Abschiedsgruß hinterhersenden, weil er heute verabschiedet wurde -, ist es verständlich, warum Staatsminister Fahrenschon seinen Dienst als bayerischer Finanzminister hingeschmissen hat: Für diese Art von Fiskalpopulismus, für eine solche Marketing- und Showpolitik wollte er sich als fachlich kompetenter Volkswirt nicht benutzen lassen.

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Und es ist klar, warum Staatsminister Söder Nachfolger wurde: Reklame statt Kompetenz, Lautstärke statt Inhalt, schnelle Schlagzeile statt solider Konzepte, flotte Zunge statt harter Arbeit. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Abschließend

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

einige Worte zum kommunalen Finanzausgleich. Die Bewertung des kommunalen Finanzausgleichs lautet, verglichen mit den zwei Vorjahren: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, insbesondere durch die Erhöhung der Verbundquote auf 12,5 Prozentpunkte. Allerdings bleibt bei der Gesamtbewertung des kommunalen Finanzausgleichs auch festzustellen, und deshalb ist unsere Befürchtung, was die kommunale Schuldenlast und die kommunalen Haushalte anbetrifft, nicht unbegründet: Die Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs hinkt in der Gesamtbetrachtung deutlich hinter der Entwicklung des Staatshaushalts her.

In der Amtszeit von Ministerpräsident Seehofer, also seit 2008 stieg das Haushaltsvolumen des Freistaates Bayern um 13,5 %, das des kommunalen Finanzausgleichs nur um 9,8 %. Wir hatten 2010 auch ein Jahr, in dem der Finanzausgleich mit minus 0,75 % rückläufig war, und 2011 waren es magere Steigerungen um 0,9 %. In der Gesamtbilanz seit 2008 bleiben die Kommunen im Freistaat Bayern nach wie vor von der allgemeinen Entwicklung des Staatshaushalts abgehängt. Insofern bleibt die Herausforderung, mit der staatlichen Schuldentilgung auch die kommunale Schuldentilgung zu erreichen.

Herr Finanzminister, gestatten Sie an dieser Stelle noch ein Wort zum kommunalen Finanzausgleich. Nach 55 Jahren ununterbrochener CSU-Regentschaft, nach einer so langen Zeit, in der die CSU den Finanzminister und den Innenminister gestellt hat, nach 55 Jahren ununterbrochener Verantwortung für den Finanzausgleich, kann man



nicht plötzlich die Entdeckung machen, dass es in Bayern strukturschwache Gebiete, Bevölkerungsverluste und finanzschwache Kommunen gibt, die weder ein noch aus wissen. Da kann man nicht auf einmal feststellen, dass die finanzschwachen Kommunen in Bayern Unterstützung brauchen. 55 Jahre lang waren Sie dafür verantwortlich, diese Missstände rechtzeitig zu beseitigen. Es geht nicht an, dass Sie jetzt so tun, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir sind überhaupt nicht dagegen, den kommunalen Finanzausgleich immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. So wie Sie das aber gemacht haben, mit Ihrem Vorschlag einer Lex München, das zeigt, dass Sie zu einer seriösen und sachlichen Finanzpolitik in diesem sensiblen Bereich nicht in der Lage sind. Das widerspricht allem, was Kommunen, Bürger und Unternehmen in Bayern von einem Finanzminister erwarten. Wer Finanzpolitik, gerade auch den kommunalen Finanzausgleich, als Instrument des Wahlkampfes und der Parteipolitik sieht, der hat als Finanzminister im Kabinett nichts zu suchen. Das muss ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Ich bitte Sie, und das werden Sie ohnedies machen müssen, den Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs einmal gründlich zu lesen. Was der Rechnungshof zur Steuerverwaltung schreibt, ist die Beschreibung eines Staatsversagens erster Güte, und das hat die CSU zu verantworten. Der Bericht zeigt eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und einen milliardenschweren Schaden, den Sie dem Freistaat Bayern und seinen Bürgerinnen und Bürgern durch die Unterausstattung der Finanzämter über Jahre zugefügt haben. Der Bericht zeigt eine Steuergerechtigkeit auf, die dem Freistaat Bayern massiv geschadet hat. In diesem Sinne glaube ich, dass die Gesamtbewertung Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik nicht allzu gut ausfällt. Manchmal wünsche ich mir, dass wir einen Rettungsschirm für diese Art von Finanzpolitik hätten.

(Harald Güller (SPD): Bravo! - Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Georg Winter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Georg Winter (CSU):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich recht herzlich allen Danke sagen, die im positiven Sinne beim Zustandekommen dieses Nachtragshaushalts 2012 mitgewirkt haben. Der Nachtragshaushalt ist das Ergebnis einer erfolgreichen Teamarbeit. Mein ganz herzlicher Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit, für das konstruktive Miteinander. Der Dank gilt aber ganz besonders unserem Finanzminister und seinem Staatssekretär sowie seiner ganzen Mannschaft, die vorbildlich gearbeitet hat. Sie haben uns bestens präpariert und mit Informationen ausgestattet. An dieser Stelle deshalb: herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ganz wichtig waren auch die Damen und Herren hinter der Bühne, die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen ebenso wie im Ausschussbüro. Sie alle hatten sehr viel zu tun, damit die Unterlagen und Informationen rechtzeitig zu uns gekommen sind, damit die großen und dicken Drucksachen dann auch rechtzeitig erstellt werden konnten.

Meine Damen und Herren, dank der Diskussion ist ein Thema ganz stark in die Mitte der Debatte gerückt. Wir sind froh und dankbar, wenn dieses Thema hinterfragt wird. Nur wenn wir darüber sprechen, aufklären und informieren, können wir es auch vermitteln. Die stärkste Botschaft, die wir mit diesem Nachtragshaushalt überbringen, ist die Tilgung von einer Milliarde Euro Schulden. Auch darüber entscheiden wir heute, und darüber entscheiden auch Sie, wenn Sie zu diesem Nachtragshaushalt heute Ja oder Nein sagen. Sie entscheiden, ob Sie für oder gegen diese Schuldentilgung sind. Wir wollen diese Linie im Doppelhaushalt 2013/2014 fortsetzen. Die Antwort geben wir

spätestens mit dem Haushaltsgesetz in neun Monaten, wenn Ende Dezember der nächste Doppelhaushalt beschlossen wird. Wir sind zuversichtlich, dass wir diese großartige Herausforderung meistern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zum richtigen Zeitpunkt das richtige Thema gesetzt. Sie haben ein Kernanliegen der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen, Sie haben uns aufgefordert, die Schuldentilgung anzupacken. Nach dem ersten Schritt, keine neuen Schulden mehr zu machen, muss auch der zweite Schritt kommen, die Schuldentilgung als logische Konsequenz. Wer, wenn nicht Bayern, könnte das? - Wenn, dann können das nur wir. Ich denke, diese Botschaft ist zur richtigen Zeit gekommen. Sicherlich, das ist eine große und schwierige Aufgabe, aber wir sind der Überzeugung, diese Aufgabe ist bei unserem Finanzminister, der schon früher mit Nachhaltigkeit zu tun hatte, in besten Händen.

Wichtig ist, dass wir Schulden nicht zu Lasten Dritter tilgen. Das ist eine Zusage des Ministerpräsidenten, und darauf bezog sich auch eine Frage der Opposition. Das ist ganz entscheidend. Wenn Sie sich mit diesem Haushalt 2012 beschäftigen, dann werden Sie feststellen: Das Gegenteil ist richtig. Wir haben gerade in dieser Wahlperiode für die Empfänger von Leistungen und Zuschüssen noch nie so viel getan wie im Jahr der größten Schuldentilgung in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte auch einige Beispiele zur Abfinanzierung nennen. Insgesamt geben wir heuer 75 Millionen Euro an unsere Bildungsträger und damit an unsere Bürger. Ich möchte nur stichwortartig die wichtigsten aufzählen: 30 Millionen Euro geben wir allein für die privaten Volksschulen aus, 16 Millionen Euro für die privaten Förderschulen. Die privaten Förderschulen werden leider manchmal vergessen. Außerdem geben wir 10 Millionen Euro für den Sportstättenbau aus. Damit machen wir deutlich: Exakt im Jahr der Schuldentilgung geschieht dort wesentlich mehr, als dies bislang der Fall war.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kommen wir zu den Kommunen. Wir geben 80 Millionen Euro zusätzlich für die kommunalen Schulen aus. Man muss sich einmal bewusst machen: Insgesamt geben wir 330 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich dafür aus. Bei den Verhandlungen mit den Kommunen war es uns wichtig, gerade hier einen Schwerpunkt zu setzen. Wir geben heuer 330 Millionen Euro für die Modernisierung von Schulen oder, wo erforderlich, für den Neubau solcher Einrichtungen aus. Damit kann Bildung in gutem Umfeld stattfinden.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass wir Kommunen entlasten und nicht belasten, dass wir nicht abschieben, sondern helfen, ist die Investitionspauschale. Es war bei den Verhandlungen ein besonderes Anliegen des Bayerischen Gemeindetages, dass die Mindestpauschale, die gerade den kleinen Gemeinden zugute kommt, der feste Sockelbetrag, mit dem die Gemeinden immer rechnen können, wofür sie auch keinen Antrag stellen müssen und den sie einfach investieren können, erhöht wird, und zwar auf insgesamt 255 Millionen Euro im Gesamtpaket des kommunalen Finanzausgleichs.

Ein drittes Beispiel sind die Schlüsselzuweisungen. Leider gehen sie ein bisschen unter. Dieser große Brocken im kommunalen Finanzausgleich wurde um 100 Millionen Euro auf 2,7 Milliarden Euro erhöht. Damit wird deutlich, welche Summen, welche Möglichkeiten im kommunalen Finanzausgleich stecken. Sowohl Finanzminister Dr. Söder, sein Vorgänger Georg Fahrenschon, auch Staatssekretär Pschierer, wir alle haben bei den Gesprächen die Frage gestellt: Wie sieht es mit denen aus, die Unterstützung brauchen, die in Konsolidierungsnöten stecken, die Bedarfszuweisungen benötigen? Von unserer Seite kam das klare Signal: Da müssen wir mehr tun. In der Tat ist es so, wie im sonstigen Leben auch: Es gibt eine Spitzengruppe, der es sehr gut geht. Wir haben aber auch das Mittelfeld und schließlich haben wir leider eine Gruppe, die ohne unsere Unterstützung nicht weiterkommt. Ich kann deshalb nur begrüßen, was der Finanzminister gerade dargelegt hat, dass er bereit ist zu einem frühzeitigen Dialog im Vorfeld der nächsten Verhandlungen. Alle Vorschläge, die in den letzten Wochen und Tagen gekommen sind, werden sorgfältig geprüft. Es wird hinter-

fragt, welche Auswirkungen damit verbunden sind. In der Debatte darüber, wie der Ausgleich der Verteilung im nächsten Jahr aussieht, dürfen wir nicht vergessen, dass wir heuer mit 7,2 Milliarden Euro, einem Plus von 413 Millionen Euro und einer Steigerung von 6,5 % den höchsten und besten kommunalen Finanzausgleich haben. Wer sich andere Steigerungsraten ansieht, weiß, dass 6,5 % eine große Marke sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wer sich mit unserer aktuellen Wirtschaftslage beschäftigt, weiß, dass der Export im Moment ein bisschen zu kämpfen hat. Wir sind zuversichtlich, dass er wieder aufholt. Wir können das aber nicht allein von Deutschland aus steuern. Deshalb ist es gut und richtig, dass unser Staatshaushalt einen wesentlichen Beitrag zu einer starken Binnenkonjunktur leistet. Momentan tragen die Binnenkonjunktur, die Kaufnachfrage und das Engagement des Handwerks unsere positive wirtschaftliche Entwicklung mit.

Wenn die GRÜNEN 150 Millionen Euro für den Bauunterhalt fordern - wir wissen, dass sie bei dem Wort Bau immer erschrecken und blass werden -, dann wollen wir auch dort nicht hintanstehen. Deswegen haben wir für große und kleine Baumaßnahmen - also nicht nur für Unterhalt, manchmal sind auch ein Neubau und manchmal eine Generalsanierung erforderlich - 145 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, weil wir uns in diesem Punkt gefordert gesehen haben.

Wichtig ist aber auch das Thema Verkehrssicherheit. In meinem Stimmkreis hat sich vor zehn Tagen leider ein tödlicher Unfall ereignet: Ein Schüler ist mit seinem Fahrrad von einem Bahnübergang in eine Kreuzung eingefahren und dabei tödlich verunglückt. Deshalb ist es für uns ein wichtiges Anliegen, für die Planung und den Bau von Radwegen, den Umbau von Kreuzungen und für eine sichere Querung, gerade bei Schulen, stark befahrenen Kreuzungen oder im innerstädtischen Bereich, etwas zu tun. Dafür wenden wir zusätzlich zehn Millionen Euro auf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich wissen wir, dass der Rechnungshof gefordert hat, mehr für den Unterhalt der Staatsstraßen zu tun. Deswegen haben wir 215 Millionen Euro vorgesehen. Vonseiten der Staatsregierung ist richtig gesagt worden: Infrastruktur hat heute zwei Standbeine. Während man Infrastruktur früher nur mit der Straße verbunden hat, muss heute auch das Breitband einbezogen werden. Wir müssen die schnelle Internetverbindung verbessern. Herr Kollege Halbleib hat auf die Situation vor 55 Jahren Bezug genommen. Herr Kollege Halbleib, vor 55 Jahren konnten wir mit dem Breitband noch nicht beginnen. Wichtig war, dass Wirtschaftsminister Zeil in den letzten Jahren, unterstützt durch die Kollegen der FDP, dafür gesorgt hat, dass zunächst jeder einen Anschluss mit wenigstens einem Megabit erhielt, um eine Grundversorgung sicherzustellen. Jetzt unternehmen wir den zweiten Schritt, indem wir in den unterversorgten Gewerbegebieten und den Kombinationsgebieten mit dem schnellen Internet zügig vorankommen.

Wir wissen, dass nach dem Grundgesetz dafür der Bund zuständig ist, es also seine Aufgabe ist und bleibt. Aber wir machen mit einem 100-Millionen-Paket den ersten kräftigen Aufschlag, nämlich 50 Millionen frisches Geld, das man sofort ausgeben kann, und weitere 50 Millionen, mit denen man Aufträge binden kann. Wenn sich der Bund - ich glaube, das wäre eine gute Vorgabe - im gleichen Maße wie die Länder engagiert - wenn er zum Beispiel ebenso 100 Millionen dazugibt, wenn sich ein Land mit 100 Millionen engagiert -, dann kommen wir genau in die Größenordnung, die wir brauchen, um die Maßnahmen schnell umzusetzen. Dann ist das mit der Milliarde - Herr Kollege Füracker, Sie haben es angesprochen - auch erreichbar. 100 Millionen von uns und 100 Millionen vom Bund, das macht zusammen 200, und das die nächsten fünf oder sechs Jahre. Dann sind wir im wahrsten Sinne des Wortes schnell unterwegs. Deswegen kommt heute auch der Antrag, um es kurzfristig anzugehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es geht auch um die Vorsorge für die Zukunft, zum Beispiel die Beamtenversorgung. Wir sind froh und dankbar - der Herr Finanzminister hat es erwähnt -, dass unser neues Konzept der Vorsorge auch in Bezug auf den öffentlichen Dienst mit verstanden

und mit getragen wird. Die Fonds bleiben und werden zusammengeführt. Wir zahlen jährlich 100 Millionen Euro ein - eine feste, zuverlässige Summe. Wenn, und das war eine gute Anregung aus den Reihen der FDP, die Schulden getilgt sind, also Zins und Tilgungsleistung wegfallen, dann haben wir eine echte Milliarde zur Verfügung, die wir zusätzlich ab dem Jahr 2030 für Pensionen einsetzen können. Das ist mehr, als wenn wir die Fonds bis zur obersten Kante gefüllt hätten, wie es bisher vorgesehen war. Die Bürger haben es verstanden und sie schauen genau hin, ob es weniger oder mehr wird, ob es besser oder schlechter wird. Sie haben es wahrgenommen: Es wird besser, es gibt mehr. Damit ist ein entsprechendes Verständnis herbeigeführt worden und die Nachhaltigkeit im Sinne einer Zukunftsvorsorge erreicht worden. Der Wegfall der Zinsbelastung ist gut für Pensionszahlungen. Der Wegfall der Verpflichtung, tilgen zu müssen, gibt zusätzlichen Spielraum und die Chance, dann neue Investitionen vorzunehmen. Im Jahr 2030 wird es neue Themen geben - nicht mehr Breitband -, die Mittel für Investitionen erfordern werden.

Neben der Tatsache, dass wir andere entlasten - Bildungsträger, Kommunen oder Vereine; ich habe es ausgeführt -, ist auch wichtig, dass wir neue Ideen angestoßen haben, die unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dienen. Das betrifft zum Beispiel den Bayerischen Jugendring, zu dessen Gunsten wir die Investitionen um zwei Millionen Euro erhöhen. Das betrifft die Vereinspauschale mit 750.000 Euro für die ehrenamtlich Tätigen. Wichtig ist dabei, dass kein Rückschritt erfolgt, sondern der Status erhalten bleibt. Das betrifft auch die Asylberatung mit zusätzlichen 800.000 Euro. Es ist gerade vonseiten der Kirchen sehr positiv angemerkt worden, dass wir hier mehr Mittel zur Verfügung stellen. Das betrifft auch das neue Programm zur nachhaltigen Stromerzeugung. Ich kann empfehlen, dass Sie das in Ihren Stimmkreisen bekanntmachen und auf das Programm hinweisen, weil es etwas ganz Neues und Kreatives ist. Es könnte sein, dass das Programm in manchen Meldungen und Nachrichten untergeht, weil Kritik die Oberhand hat. Wir setzen sechs Millionen Euro dafür ein, damit Bürgeranlagen auf den Weg kommen, bei denen sich die Mitbürger finanziell engagieren können, nämlich pro alternative Energiestandorte, pro Projekte, die zur nachhaltigen

Stromerzeugung beitragen. Wir wollen nicht Ablehnung oder Verhinderung, denn eine Energiewende setzt neue, zahlreiche Standorte voraus. Dieses Programm ist im Ausschuss von allen Fraktionen positiv registriert worden.

Wir wollen auch etwas für die Kultur im Lande tun. Wir geben drei Millionen Euro, Herr Kollege König, mehr für die nichtstaatlichen Orchester und nichtstaatlichen Theater. Ich glaube, auch das ist eine Summe, die sich insgesamt gut sehen lassen kann und die das bisherige Engagement weiter verstärkt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dieser Haushalt ist ein wahres Kraftpaket. Wir investieren in die Kinder. Ein Beispiel: Allein eine Milliarde ist zwischenzeitlich - Frau Kollegin Haderthauer könnte es umfassender darstellen - für den Bau von Kinderkrippen gebunden. Neben dem, was bisher schon ausgegeben worden ist und wofür Verpflichtungen vorhanden sind, ist eine ganze Milliarde eine stolze Summe. Wir sollten vielleicht auch darüber nachdenken, die Befristung zu beenden, und darüber eine inhaltliche Debatte führen. Es ist wichtig, dass nach dem ersten großen Aufschlag dort gebaut wird, wo die Kinder sind und wo Einrichtungen benötigt werden. Das ist wichtig, weil es nicht so sein darf, dass es ab dem Jahr 2013 nichts mehr gibt. Die Maßnahme muss kontinuierlich fortgeführt werden. Der Einstieg ist super geschafft und wir haben dabei andere Länder überholt. Eine weitere Milliarde geht allein in die laufende Förderung für das Personal und die qualitative Verbesserung. Ich denke, es ist ein deutliches Zeichen, wenn allein auf diesem Feld zweimal eine Milliarde zugunsten unserer Kinder investiert wird. Hinzu kommen andere Maßnahmen wie Erziehungsgeld, Kindergarten etc. Ich habe zwei Beispiele aus diesem Riesenengagement herausgegriffen. In diesem Zusammenhang auch ein Dank an die zuständige Ministerin.

Unser Vorgehen ist auch völlig anders im Verhältnis zu dem, was die bayerische Landeshauptstadt tut. Sie kürzt bei Bildung, Sozialem und Kultur - wir konnten es der heu-



tigen Presse entnehmen - um 37 Millionen Euro. Wir machen das Gegenteil und erhöhen unser Engagement in Bildung, Hochschule und Forschung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir erhöhen unser Engagement kräftig auf 15,6 Milliarden Euro. Damit wird mehr als jeder dritte Euro im Staatshaushalt für Bildung, Forschung und Hochschule ausgegeben. Deswegen kann uns auf diesem Feld niemand mehr einholen; deshalb sind auch entsprechende Studien - zum Beispiel vom "Spiegel" oder anderen - derart beeindruckend und eindeutig. Von nichts kommt nichts.

Wie schaut es mit den Bauvorhaben und den Investitionen aus? Ich habe es in Bezug auf die Binnenkonjunktur schon angesprochen: 5,45 Milliarden Euro werden in diesem Etat angesetzt und schlagen sich entsprechend nieder. Davon können andere nur träumen. Im Hinblick auf den gegenwärtigen Wahlkampf nenne ich das Beispiel Nordrhein-Westfalen. NRW hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 9.673 Euro, viermal so hoch wie Bayern. Der Durchschnitt der Westländer beträgt 7.700 Euro, dreimal so hoch wie Bayern. Mit der Tilgung von einer Milliarde Euro sind wir in Bayern bei 2.500 Euro pro Einwohner angekommen. Wie gesagt, in NRW liegt die Pro-Kopf-Verschuldung viermal so hoch und der Durchschnitt dreimal. Ähnlich sieht es mit der Zinslastquote aus. Wir liegen bei 2,4 %, Rheinland-Pfalz bei 7,9 %, also bei mehr als dem Dreifachen Bayerns. Der Durchschnitt liegt bei 7,5 %, ebenfalls bei dem Dreifachen. Deswegen, meine Damen und Herren, kann man abschließend sehr wohl feststellen: Bayern steht gut da.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist das Ergebnis einer großartigen Gemeinschaftsleistung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, der großen Zahl ehrenamtlich engagierter und hilfsbereiter Mitbürger. Es ist das Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Gewerkschaften, von Unternehmen und der Politik, die seit Jahrzehnten an diesem Erfolg arbeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns im Jahr 2012 bewusst machen, dass wir im erfolgreichsten Bundesland Deutschlands leben. Allein die Zuzüge nach Bayern über Jahre und Jahrzehnte hinweg sind der Beleg dafür, wie beliebt, wie begehrt Bayern ist. Ministerpräsident Seehofer kann bei seinen Reisen feststellen, dass Bayern in ganz Deutschland und Europa bekannt und anerkannt ist. Deshalb habe ich heute einen Vorschlag für die Opposition. Sie haben heute die Chance, dabei zu sein. Verlassen Sie das Lager der Neinsager, stimmen Sie dem besten Haushalt in dieser Wahlperiode zu.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Widerspruch und Lachen bei der Opposition  
- Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie unseren Änderungsanträgen zustimmen, machen wir das!)

Nach den Haushalten in 2008, 2009, 2010, 2011 ist 2012 der beste in dieser Wahlperiode. Ich kann nur noch mal sagen: Verlassen Sie das Lager der Neinsager und Dauerkritiker.

(Alexander König (CSU): Letzter Aufruf! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):  
Was wurde dann bisher vorgelegt?)

Damit hätten Sie die Chance, am bayerischen Erfolg teilzuhaben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit der Debatte fortfahren, darf ich der Dame, die gerade am Stenografenpult sitzt und arbeitet, nämlich Frau Daschner, ganz, ganz herzlich Dank sagen. Frau Daschner, 22 Jahre haben Sie hier im Plenarsaal und auch schon im alten Plenarsaal Ihren Dienst getan und großartige Arbeit für das Hohe Haus geleistet. Sie gehen in den verdienten Ruhestand, werden allerdings ab und an noch aushelfen. Ganz, ganz herzlichen Dank im Namen des Hohen Hauses. Unsere guten Wünsche begleiten Sie.

(Beifall - Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl überreicht im Namen von Präsidentin Barbara Stamm einen Blumenstrauß)

Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Pointner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege, wir sind ganz aufmerksam.

**Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben gerade eine gute Stimmung. Ich möchte Sie eigentlich nicht verderben, aber ein paar Dinge in Richtung Ministerpräsident muss ich doch sagen.

Zunächst aber mein Kompliment an die Stenografinnen und Stenografen. Sie sind in der Lage, einen Text, auch wenn ein Dialektwort dazwischenrutscht, in ein vernünftiges Deutsch umzusetzen, sodass er für alle lesbar ist. Ich bin ganz begeistert, wie sie das Protokoll führen. Noch einmal von mir meinen herzlichen Dank. Das gilt nicht nur für das Ober- oder Niederbayerische, sondern auch für das Fränkische und Schwäbische und die weiteren Dialekte, die wir in Bayern sprechen.

(Beifall)

Lieber Kollege Winter, wir würden gerne dem Haushalt zustimmen. Hätten Sie unseren bescheidenen Anträgen zugestimmt, wäre das überhaupt kein Problem. Nun müssen wir den Haushalt leider ablehnen, was Sie gar nicht anders erwartet haben. Ich verstehe das. Sie sagten, Bayern stehe vergleichsweise gut da. Sie haben die Verantwortlichen genannt. Leider muss ich als ehemaliger Kommunalpolitiker immer wieder sagen: Vergessen Sie die Kommunalpolitiker, die Leute vor Ort in den Gemeinden nicht.

(Georg Schmid (CSU): Die vergessen wir nicht!)

- Aber von ihnen geredet wurde nicht.

Die Kommunalpolitiker tun alles, damit die Wirtschaft läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Teilen der SPD)

Den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses danke ich für die gute Zusammenarbeit. Wir haben den Haushalt in den letzten Wochen unter allerhöchstem Druck durchgebracht. Die Uneinigkeit der Regierungsfraktion hat uns die Sache nicht erleichtert. Etwa wurden kurz vor Sitzungsbeginn 15 Tischvorlagen eingebracht. Es gab keine Möglichkeit, diese mit den fachlich zuständigen Kollegen und Mitarbeitern abzusprechen. Wir mussten sofort entscheiden. Das war eine absolut ungute Situation. Ich bitte, dass man das abstellt. Uns wird aufgegeben, unsere Anträge mindestens eine Woche vor den Ausschusssitzungen einzureichen, weil sie sonst nicht vorbereitet werden könnten. Die Regierungsfaktionen halten sich leider nicht daran.

Nach all den Erfahrungen in den letzten drei Jahren erwarte ich nicht unbedingt einen fairen oder vernünftigen Umgang mit unseren Anträgen. Sie werden in der Regel meist ohne nähere Betrachtung abgelehnt, weil sie von der Opposition kommen. Später reichen Sie sie dann als eigene Anträge ein, nachdem ein Komma anders gesetzt oder ein Satz anders gestellt wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Unsitten!)

Eines sollte aber gegeben sein, dass nämlich für alle Fraktionen die gleichen Bedingungen bezüglich des Zeitplans und dem Einbringen der Anträge gelten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Gipfel ist aber, dass heute kurz vor Beginn der Sitzung ein Antrag der Regierungsfaktionen betreffend den Breitbandausbau vorgelegt wurde. Ich habe den Antrag erst mittags bekommen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der Antrag der FREIEN WÄHLER wurde später eingereicht!)

- Ja, wir mussten nachziehen.

Der Breitbandausbau ist eine wichtige Sache. Wir diskutieren schon seit drei Jahren darüber. Monatelang wurde diskutiert. Alle, die SPD, die GRÜNEN und wir haben Anträge gestellt. Nun kommt der Antrag der Koalitionsfraktionen zwei Stunden vor der Sitzung auf den Tisch. In den Diskussionen im Haushaltsausschuss hieß es stets, es gebe kein Programm, und das Geld sei nicht vorhanden. Die Anträge wurden stets wegen Geldmangels abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb haben wir keinen Antrag gestellt, Herr Ministerpräsident!)

Plötzlich gibt es ein Programm. Ich hoffe, dass der Breitbandausbau jetzt funktionieren wird. Wir haben deshalb Anträge gestellt. Da es ein Programm gibt und Sie Geld ausgeben wollen, sollten Sie, Herr Wirtschaftsminister, nicht kleckern sondern klotzen, wie Sie selbst gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute wurde der Bund als Finanzier genannt. Das Land Bayern sollte Antrag stellen. Schließlich wurde die ESM-Aufstockung auch ruckzuck beschlossen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sollten beim Bund einen Antrag stellen!)

Meine Damen und Herren, als Finanz- und ehemaliger Kommunalpolitiker möchte ich vor allem vom kommunalen Finanzausgleich sprechen. Mein Kollege, Herr Reichhart, wird zu den anderen Haushaltsthemen noch etwas sagen. Noch im November haben sich der Finanzminister und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände beim gegenseitigen Loben, wie fantastisch doch der kommunale Finanzausgleich sei, geradezu überschlagen. Dabei haben sie sich so kräftig auf die Schultern geschlagen, dass es beim Zusehen schon wehgetan hat. Jetzt, wenn das Gesetz zum kommunalen Finanzausgleich verabschiedet werden soll, sagen der Herr Finanzminister, seine Fraktion und der Präsident des Gemeindetags, dass dieser kommunale Finanzausgleich

dringend reformiert werden müsse. Damit liegen Sie gar nicht so falsch. Wir FREIEN WÄHLER haben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs immer die Stärkung schwächerer Kommunen gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt. Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Verbundanteils sollten den finanzschwachen Kommunen zugutekommen. Der eigentliche Grund für die geforderten Änderungen sind die überraschenden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 140 Millionen Euro an die Stadt München im Jahre 2012. So war das nicht ausgemacht, da sich der dortige Oberbürgermeister sogar erdreistet, als Spitzenkandidat der SPD bei der nächsten Wahl anzutreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Schwerverbrechen!)

Herr Finanzminister, ich wundere mich über Sie. Wie verhandeln und gestalten Sie den Finanzausgleich? Ich gehe davon aus, dass Sie Modellrechnungen anstellen, um zu erfahren, was bei der einzelnen Kommune herauskommt und wie sich Kriterien wie die Demografie auf die Kommunen auswirken. Wenn Sie das nicht gemacht haben, ist das nicht professionell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen war bereits seit November, jedoch spätestens seit Dezember bekannt, wie viel die einzelnen Kommunen bekommen werden. Nachdem die Stadt München 2010 erhebliche Einbrüche bei den Steuereinnahmen hatte, insbesondere bei der Gewerbesteuer, war klar, dass sie bei weiter steigenden Sozialkosten mehr Schlüsselzuweisungen als im Jahr vorher erhalten würde. Vielleicht haben Sie das schon gewusst und eine gewisse Schonfrist abgewartet, bevor Sie gegen die Stadt München losgegangen sind.

Ich gebe zu, dass eine grundsätzliche Änderung des Finanzausgleichs schwierig ist. Jedes Drehen an einer Stellschraube bringt Gewinner und Verlierer hervor. Außerdem

gibt es auch rechtliche Grenzen wie das Verbot der Übernivellierung. Gleichzeitig gibt es den Gleichbehandlungsgrundsatz, der besagt, dass gleiche Sachverhalte gleich und ungleiche Sachverhalte ungleich behandelt werden müssen.

Wenn Sie an der Schraube der Einwohnerveredelung drehen, ist nicht nur München, sondern sind auch Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Hof sowie andere Kommunen, ob arm oder reich, betroffen. Das Plenum bietet weder Zeit noch Gelegenheit, über die verschiedenen dezidierten Änderungen des Finanzausgleichs zu reden. Dafür müssten verschiedene Vorschläge erarbeitet und durchgerechnet werden. Vor allem müsste mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert werden. Das haben Sie vor, Herr Finanzminister. Wir erwarten, dass die Vorschläge bis zur nächsten Finanzausgleichsverhandlung rechtzeitig auf dem Tisch liegen. Wir erwarten ebenfalls, dass wir mitdiskutieren dürfen, um unsere Ideen und Vorschläge einzubringen.

Ein Letztes zum kommunalen Finanzausgleich: Der Finanzausgleich ist nur bedingt geeignet, um unterschiedliche Lebensverhältnisse in unserem Land zu beseitigen. Dazu ist vielmehr eine gezielte Strukturpolitik erforderlich wie der vorher genannte Breitbandausbau, die Wirtschaftsförderung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Das fordern wir FREIE WÄHLER, seit wir im Landtag sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Finanzausgleichsleistungen im Konkreten: Die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 12,5 Punkte war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dies wurde von uns FREIEN WÄHLERN schon lange gefordert, jedoch von Ihnen immer abgelehnt. Jetzt ist es soweit. Das ist gut für die Kommunen. Eine weitere Erhöhung ist für die Zukunft jedoch unabdingbar, um die Mehreinnahmen gezielt für strukturschwache Gemeinden verwenden zu können. Nach wie vor fordern wir auch - da bin ich hartnäckig - eine Erhöhung des staatlichen Anteils an der Kfz-Steuerersatzleistung von 51 auf 55 % sowie eine Erhöhung der staatlichen Beteiligungen an den Schülerbeförderungskosten. Die Verbundleistungen bzw. die Beteiligung an den

Schülerbeförderungskosten waren schon erheblich höher. Der Staat hatte sich zu 80 % an der Schülerbeförderung und zu 65 % an der Kfz-Steuerersatzleistung beteiligt.

Meine Damen und Herren, der Freistaat hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2030 ohne Schulden dazustehen. Das Ziel könnte erreichbar sein. Es gibt jedoch viele Unwägbarkeiten, wie das Auf und Ab der Konjunktur und die Schuldenkrise. Herr Ministerpräsident, die roten Linien, die ständig von Ihnen aufgestellt werden, erinnern mich an Zebrastrifen: Für jeden Schritt kommt ein neuer Streifen, und es geht trotzdem weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Weiterentwicklung der Landesbank ist heute schon diskutiert worden. Wie sich der Länderfinanzausgleich nach dem Jahr 2019 gestalten wird, wissen wir nicht. Wer hat die Probleme beim Länderfinanzausgleich und der Landesbank verursacht? Der Länderfinanzausgleich ist von Ihrem Vorgänger im Jahre 2001 vereinbart worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der hat zugestimmt im Bundesrat!)

An der Landesbank - das brauche ich nicht zu wiederholen - war die Staatsregierung bzw. waren die Vertreter der Staatsregierung maßgeblich beteiligt. Den Schuldenabbau beim Staat kann man angehen, jedoch ist für die meisten Kommunen das Ziel einer schuldenfreien Gemeinde unerreichbar, wenn sich bei der Gemeindefinanzierung nicht grundsätzlich etwas ändert. Wenn von 2.056 Gemeinden und 71 Landkreisen in Bayern 180 schuldenfrei sind, ändert das nichts. Die Sozialkosten steigen weiter, selbst wenn mit der Übernahme der Grundsicherung durch den Bund eine Abschwächung des Anstiegs zumindest bis zum Jahre 2015 erfolgt. Die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege, die Jugendhilfe und die zusätzlichen Kosten für die Umsetzung der Inklusion in den Kommunen lassen die Kosten weiterhin steigen. Ich kenne genügend Kommunen, die jede Investition nur über neue Schulden finanzieren können. Es besteht ein erheblicher Investitionsbedarf nicht nur für Neubauten, son-



dern vor allem für Sanierungen. Dabei geht es nicht nur um historische und denkmalgeschützte Bauten. Viele kommunale Gebäude sind in den 60er- und 70er-Jahren errichtet worden. Bei diesen stehen jetzt Sanierungen an. Für den Erfolg der Energiewende wäre es ebenfalls ungeheuer wichtig, energetische Sanierungen an kommunalen Gebäuden vorzunehmen. Diese Ausgaben können die Kommunen nicht alleine schultern. Deshalb haben wir 10 Millionen Euro für ein Sonderprogramm beantragt, um kommunale Bauten energetisch sanieren zu können. Das Konjunkturprogramm II hat deutlich gezeigt, wie hoch der Sanierungsbedarf bei den Kommunen ist. Ohne ausreichende staatliche Hilfen und Förderungen können die Kommunen dies nicht leisten.

Der Einzelplan 13 sieht eine Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro vor. Im Rahmen der Haushaltseinbringung haben wir bereits ausgeführt, dass wir dies für richtig halten, weil in finanziell guten Zeiten Schulden abgebaut und die Mittel nicht in Rücklagen gebunkert werden sollten. Ein Schuldenabbau, der notwendig und richtig ist, ist nur dann zielführend, wenn die Gemeinden die Möglichkeit haben, ihre Schulden im Gleichklang mit dem Freistaat abzubauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Bund sollte ebenfalls nicht nur eine Verringerung der Neuverschuldung anstreben, sondern ebenfalls bestehende Schulden abbauen. Dem Bürger bringt es nichts, wenn der Freistaat nach und nach schuldenfrei wird, die Kommunal- und Bundesschulden aber weiterhin steigen oder auf einem hohen Niveau verharren. Gerade die Kommunalleistungen, aber auch die Steuer- und Sozialgesetzgebung des Bundes orientieren sich an den vorhandenen Finanzmitteln und betreffen den Bürger, egal ob er in Bayern oder woanders wohnt, gravierend. Es wäre ehrlich, wenn die CSU und die FDP, die in Berlin noch an der Regierung beteiligt sind, konsequent an den Schuldenabbau beim Bund denken würden. Das lässt sich nicht erreichen, wenn immer neue Leistungsgesetze geschaffen und gleichzeitig Steuersenkungen gefordert werden. Nebenbei gesagt, sehe ich durchaus Spielraum für den Abbau der kalten Progression, die je-

doch durch die grundgesetzlich notwendige Erhöhung bei den Grundfreibeträgen für das Existenzminimum zumindest teilweise aufgefangen wird.

Ein Schuldenabbau in Bayern darf nicht zulasten des Bauunterhalts gehen, weil damit nur Lasten in die Zukunft verschoben würden. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, pauschal 70 Millionen Euro zusätzlich für den Bauunterhalt einzustellen. Die Regierungsfractionen haben dann in einer Tischvorlage einen Gesamtbetrag von 100 Millionen Euro plus 45 Millionen Euro für den kleinen Bauunterhalt eingestellt. Allerdings ist dieser Betrag nicht allein für den Bauunterhalt vorgesehen.

Der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage müssen selbstverständlich weiter bedient werden, wenn ausreichend Finanzmittel vorhanden sind. Diese sind ausreichend vorhanden. Nach unseren Berechnungen hat man Ende 2012 noch eine Rücklage von über 2 Milliarden Euro. Vielleicht sind es sogar mehr; es hängt von den Steuereinnahmen in diesem Jahr ab.

Die Einzahlungen in den Versorgungsfonds und in die Versorgungsrücklage sind Vorsorgemaßnahmen für die Zukunft. Wir alle wissen ja nicht, was ab 2018 bis 2023 - in diesen Jahren könnte man Zugriff auf diese Rücklagen nehmen - auf uns zukommt.

Der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage sind auch dafür da, dass die Beamten nicht immer als Sündenbock hingestellt werden, wenn die Haushaltsmittel knapp werden.

(Beifall bei den FREINE WÄHLERN)

Was in den letzten Jahren geschehen ist, ist geradezu typisch: Bei knappen Kassen greift der Staat sofort auf die Beamten zurück und nimmt deren Geld als Manövriermasse, um den Haushalt auszugleichen. Die Nullrunde, die Senkung der Eingangsbesoldung, die Wiederbesetzungssperre, aber auch die für 2012 vorgesehene Anhebung der zweiten Stufe der Besoldung zum 1. November sind genau Beispiele dafür, dass zwar die Beamten Diener des Staates sind, sich der Staat aber bei ihnen bedient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bezüglich der Beteiligungen des Freistaats wird es Sie nicht überraschen, wenn ich das Darlehen der Flughafen München GmbH anspreche. Wir haben die Rückzahlung des Darlehens in Höhe von 250,5 Millionen Euro an den Freistaat gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zugesagt, dass keine Steuermittel für den Bau der dritten Start- und Landebahn des Flughafens verwendet werden sollen. Wenn die dritte Bahn nicht gebaut wird, was wir alle hoffen und was wahrscheinlich ist, dann braucht man das Darlehen sowieso nicht, so dass es zurückgezahlt werden kann. Aber wenn Sie weiterhin die Absicht zum Bau der dritten Bahn haben, dann geht es um den Einsatz von Steuermitteln. Denn die Darlehen stammen unstreitig aus Steuermitteln. Wenn die FMG investiert, wird sie wohl keine Gewinne mehr machen. Zinsen auf das Darlehen brauchen nur gezahlt zu werden, wenn Gewinne gemacht werden. Das gilt rückwirkend für vier Jahre. Inzwischen sind schon Milliardenbeträge an Zinsen aufgelaufen, die aber nicht gezahlt werden.

Es werden also direkt oder indirekt Steuermittel aufgewendet, wenn die Darlehensbeträge nicht zurückgefordert werden.

Was ich gesagt habe, gilt auch für den Darlehensanteil der Stadt München. Wenn die Stadt München ihr Darlehen nicht zurückfordert, ist die Fragestellung der Stadt in dem Bürgerentscheid schlichtweg falsch. Die Stadt hat in ihrer Fragestellung nämlich ausgeführt, dass eine Zustimmung zur dritten Bahn nur erfolgen soll, wenn sich die Stadt an den Kosten nicht beteiligen muss. Dasselbe gilt für den Freistaat. Die Zinsen werden der Stadt fehlen. Solche Zinsen sind Erträge aus eingesetzten Steuermitteln.

Zum Schluss gehe ich auf die Ausführungen des Obersten Rechnungshofs ein, die wir heute bekommen haben. Da geht es um die Stellensituation der Finanzverwaltung. Wir FREIEN WÄHLER fordern, seit wir im Landtag sind, dass mehr Finanzbeamte ein-

zustellen sind. Natürlich geht es dabei auch um Anwärter; denn die Kräfte müssen zum Teil erst ausgebildet werden. Sie haben dafür jetzt zwar endlich 340 Stellen geschaffen, aber es fehlen noch 1.900 ausgebildete Beamte. Hier muss also kräftig nachgebessert werden. Ich hoffe, dass Sie das im Haushalt 2013 nachholen. Der ORH hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Steuerausfälle in Höhe von Hunderten von Millionen Euro zu erwarten bzw. schon eingetreten sind. Überdies finden diejenigen sonst ein Paradies vor, die Steuern hinterziehen wollen. Solches wollen wir hier in Bayern nicht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Claudia Stamm das Wort.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Bei der Einbringung des Haushalts haben wir hier den Dutzendteich kennengelernt. Es ist ein Teich, von dem ich inzwischen einiges erfahren habe. Sie wollten hier in der Ersten Lesung das Bild zeichnen: Es gibt eine Opposition, die nicht weiß, wohin es geht. Sie sprachen sogar von einer Regierung aus drei Fraktionen, die den Kurs des Bootes nicht einhalten kann.

Anlässlich der Verabschiedung des Haushalts muss ich sagen: Dieses Bild geben Sie ab, liebe Staatsregierung und liebe Staatsregierungsfraktionen. Es gibt da einen Kapitän; das ist Herr Ministerpräsident Seehofer. Der gibt den Kurs allerdings aus der Ferne vor. Das Ruderboot ist ziemlich klein. Der Ministerpräsident und Kapitän weiß, dass der Kurs nicht einzuhalten ist. Deswegen befindet er sich lieber in Sicherheit.

Dann gibt es einen Steuermann, den Finanzminister. Der hat den Auftrag, den Kurs einzuhalten. Das macht er gern. Denn mit dem angedachten Kurs macht man hauptsächlich Schlagzeilen. Ein Slalom auf Wasser, also nichts als Schlagzeilen. Deswegen macht der Finanzminister das gern.

Rudern tun die zwei Haushaltssprecher der Fraktionen, Herr Winter und Herr Klein. Auch sie wissen ziemlich genau, dass der Kurs nicht einzuhalten ist. Trotzdem versuchen sie, das Boot nicht kentern zu lassen. Sie widersprechen ihrem Steuermann und ringen nach Worten, und zwar ganz konkret auf der Pressekonferenz, wo sie den angeblichen Tilgungsplan kommentieren oder nicht kommentieren wollten. Die Hilflosigkeit war relativ offensichtlich, als es darum ging, den Kurs - sprich: den Tilgungsplan - zu kommentieren bzw. nicht zu erklären.

Nachdem der Dutzendteich so flach ist, was ich inzwischen erfahren habe, dass es ganz egal ist, ob sie kentern oder nicht, kann man sagen: Das Kentern ist nicht schlimm; denn sie ersaufen nicht, aber jedenfalls werden sie nass.

Tatsache ist aber die Politik, die Sie gerade betreiben. Sie versprechen allen alles. Gleichzeitig versprechen Sie Schuldenabbau. Damit müssen Sie baden gehen; denn das ist eine Politik, mit der man nicht anders kann als baden zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist eine unseriöse Einschätzung bzw. Vorgabe der Regierung, wenn gesagt wird, dass jährlich die Schulden um 2 Milliarden Euro abgebaut werden könnten. Von der Regierung müsste nämlich erst einmal zugegeben werden, dass die Verschuldung in Bayern bei 32 Milliarden Euro liegt. Darin sind auch die Landesbankschulden enthalten. Die 10 Milliarden Euro Landesbankschulden darf man dabei nicht totschweigen.

Bayern ist mit 32 Milliarden Euro verschuldet - das ist Tatsache -, ganz zu schweigen von den verdeckten, den impliziten Schulden. Es ist keine seriöse Prognose möglich, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Dass der Schuldenabbauplan nicht funktioniert, zeigt auch die Unstimmigkeit innerhalb der Regierungsfractionen. Das war auch heute wieder auf der Pressekonferenz so, die die FDP gegeben hat. Da hieß es, dass die Zinsen für etwas anderes ausgegeben werden sollten, als ursprünglich geplant war. Ursprünglich war nämlich an die Pensionen gedacht, während jetzt wieder von Schuldentilgung gesprochen wird. Dieses Verhalten ist nichts Neues.

Werfen wir einen Blick zurück und sehen uns das Beispiel des Abbaus der Neuverschuldung bis zum Jahre 2006 an. Dieser Abbau hat nicht funktioniert. Die Staatsregierung plante damals einen kontinuierlichen Schuldenabbau mit dem Ziel, 2006 auf Null zu stehen. Stattdessen hatten wir beim Abbau seit 2001 einen heftigen Schlingerkurs und eine insgesamt deutlich höhere Neuverschuldung als geplant.

Hierbei war die explodierend angestiegene Neuverschuldung im Jahr 2005 besonders auffällig. Das war also ein Jahr, bevor man die Null versprochen hatte. Auch da kann man sagen: Die Staatsregierung hat mehr versprochen, als sie halten konnte. Denn sie hatte keine geeigneten Konzepte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim sogenannten Schuldenabbau spielte die BayernLB eine Rolle. Die BayernLB wird beim Schuldenabbau keine Hilfe sein. Sie macht keinen Gewinn. Sie erfährt auch keinen Wertzuwachs. In dem Maß, in dem die Bank Rückzahlungen leistet, sinkt der Wert der Bank. Es handelt sich um ein Nullsummenspiel: weniger Schulden, aber auch weniger Vermögen. Das kann nur funktionieren, wenn man, wie es die Staatsregierung tut, keine Gesamtbilanz aufstellt.

Ob die Bank angesichts von Basel III überhaupt etwas zurückzahlen kann oder mehr Eigenkapital braucht, steht nicht endgültig fest. Wenn die Sparkassen stärker an der Rettung der Bank beteiligt werden - darüber wird heute Abend verhandelt -, sinkt der Anteil des Staates an der Bank.

Herr Minister Söder, Sie sprachen vorhin davon, dass Sie von der BayernLB die 11 Milliarden Euro zurückhaben wollen. Die Bank ist aber zur Mitte letzten Jahres nur 5 Milliarden Euro wert gewesen. Wie soll das gehen? Woher wollen Sie die 11 Milliarden Euro nehmen?

Herr Ministerpräsident Seehofer sagte in seiner Haushaltsregierungserklärung im Januar, bevor der Haushalt überhaupt in dieses Parlament eingebracht war: Schulden

machen ist unmoralisch. Aber dann ist der Herr Ministerpräsident ebenfalls unmoralisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Versteckte Schulden und Unterfinanzierungen gibt es in Bayern genug. Die Regierung Stoiber war übrigens auch unglaublich unmoralisch. Während Stoibers Regierungszeit ist die Verschuldung von knapp 18 Milliarden auf 23 Milliarden Euro gewachsen, obwohl in dieser Zeit 6 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen zusätzlich zu den Steuereinnahmen zu verzeichnen waren. Nebenbei gesagt: Gleichzeitig ist das Staatsvermögen entsprechend gesunken.

Ich spreche von den tatsächlichen Schulden in Bayern. Auf die kommunalen Schulden wird nachher meine Kollegin Christel Kamm eingehen. Verdeckte Schulden sind der größte Batzen. Das sind die Versorgungsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten. Damit kommt eine richtige Lawine auf uns zu.

Die grüne Fraktion hat in Anlehnung an eine Anhörung, die im Landtag stattfand, die verdeckte, implizite Verschuldung auf 100 Milliarden Euro beziffert. Am selben Tag hat sie Professor Raffelhüschen für Bayern mit 200 Milliarden Euro benannt.

Die Straßen, die ja so kaputt sind, werden vom Obersten Rechnungshof regelmäßig mit 700 Milliarden Euro verdeckter Verschuldung benannt. Solche Summen können wir uns überhaupt nicht vorstellen. Gehen Sie bitte daran, die verdeckte Verschuldung auf den Tisch zu bringen. Die muss abgebaut werden, bevor Sie mehr oder weniger bewusst mit Ihrem Boot auf dem Dutzendteich kentern und baden gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Drohung mit einer Klage beim Länderfinanzausgleich ist nichts anderes als reiner Populismus. Das Thema hatten wir schon öfter. Zugegeben, auch wir sind der Meinung, dass der Länderfinanzausgleich falsche Anreize setzt. Wir müssen das System verändern. Aber das muss durch Verhandlungen und Gespräche geschehen, nicht in

Karlsruhe. Zu diesem Zweck muss schnellstmöglich eine dritte Föderalismuskommission eingesetzt werden.

Die Verhandlungen zum jetzigen Länderfinanzausgleich waren ja langwierig. Wie wir gehört haben, ist über ihn sogar namentlich abgestimmt worden. Er ist von Ihnen mitgetragen worden. Der Herr Ministerpräsident hat dafür gestimmt. Der damalige Ministerpräsident Stoiber hat ihn als Erfolg verkauft. Aber jetzt gilt das, was damals verhandelt wurde, als Teufelszeug.

Verhandeln Sie also bitte, und legen Sie ein Konzept vor. Wir könnten übrigens ein Konzept vorlegen. Wir haben eines in Auftrag gegeben. Auch wir wollen die bisherige Form des Länderfinanzausgleichs ersetzen, und zwar durch ein neues System zur Verteilung des Umsatzsteueraufkommens auf die einzelnen Bundesländer. Damit wird erreicht, dass die Länder Mehreinnahmen in größerem Umfang als bisher behalten können. - So macht man verantwortliche Politik, nicht durch Drohung mit Klagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Punkt kann ich Ihnen, Herr Finanzminister, aber durchaus recht geben. Der Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs können wir zustimmen. Berlin hat als Bundeshauptstadt besondere Aufgaben; das ist ganz klar. Diese besonderen Aufgaben kann man gern direkt auch durch den Bund finanzieren lassen. Bei diesem einen Punkt haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Zusammenfassend ist zu sagen: Wenn der Länderfinanzausgleich nicht wäre, könnte Bayern seine Schulden schnell zurückzahlen. Aber stimmt das wirklich? Wohl eher wäre Bayern heute doch noch ein Agrarstaat, wenn der Länderfinanzausgleich nicht wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme noch einmal zum Schuldenabbau. Wer könnte denn etwas dagegen haben? Schulden tilgen sollte unser aller Ziel sein. Bei der Haushaltspolitik haben Ehr-



lichkeit und Transparenz allerhöchste Priorität. Aber auf wessen Kosten werden Schulden denn abgebaut? Dazu haben wir bei Ihrem angeblichen Schuldentilgungsplan noch gar nichts gehört. Geht das auf Kosten der Kommunen, die die verdeckte Verschuldung erhöhen, indem sie weiterhin nicht ordentlich für Pensionen vorsorgen? Geht das auf Kosten der Beamtinnen und Beamten insgesamt?

Angekündigt war, bei den Beamtinnen und Beamten einsparen zu wollen. Doch auch bei der jetzigen Detaildarlegung zum Schuldenabbau gibt es hierzu kein Wort. Fazit: Der Schuldenabbau ist nichts als ein PR-Gag. Der Wahlkampf lässt grüßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe schon bei der Einbringung des Haushalts gesagt: Bis zur Wahl wird es einen zweigeteilten Ministerpräsidenten geben. Wir haben uns schon daran gewöhnt, dass der Ministerpräsident heute dieses und morgen jenes sagt. Aber jetzt hat dies eine neue Qualität. Es wird nicht heute dieses und morgen jenes geben, sondern es wird heute gleichzeitig dieses u n d jenes geben.

Dieses Bild passt nicht ganz, weil der Ministerpräsident ja zweimal Gutes verkündet oder verkünden will. Aber ich frage mich schon, ob Herr Seehofer als Dr. Jekyll und Mr. Hyde gesehen werden kann. Auf der einen Seite gibt es Versprechungen hier und überall; er will alles zusagen und alles finanzieren. Auf der anderen Seite haben wir sein Versprechen zum Schuldenabbau.

Ich nenne ein konkretes Beispiel. Es geht um den Konzertsaal. München soll einen neuen Konzertsaal bekommen. Zum Glück ist die Diskussion seit dem gestrigen Interview in der "SZ" mit dem Musiker Klausenitzer nicht mehr so ganz Dr.-Heubisch-gesteuert. Genauso viel Geld wollen Sie auch im Rest Bayerns zur Förderung der Kultur ausgeben.

Gleichzeitig haben wir aber einen riesigen Investitionsstau bei allen Museen und sonstigen Kultureinrichtungen. Minister Heubisch spricht da von 700 Millionen Euro.

Gemäß der Antwort auf eine Anfrage meines Kollegen Dürr kommen wir aber ungefähr auf 2 Milliarden Euro. So viel Geld brauchen wir für die Investitionen und die Erhaltung dessen, was wir schon haben. Es ist ein Widerspruch, wenn Sie gleichzeitig auch noch Schulden abbauen wollen. Ich frage mich: Wie soll das gehen?

Fazit: Es muss ein Spagat ohne Ende gemacht werden. Ohne Ihnen oder Ihren athletischen Fähigkeiten zu nahe treten zu wollen, - den Spagat kriegen Sie nicht hin, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt spreche ich konkret zu Ihrem Nachtragshaushalt. Wo sind die Leitlinien der Haushaltspolitik und Ihre Prioritätensetzung? Es gibt keine Leitlinien, keine Strukturen in diesem Haushalt. Aus den Regierungsfractionen kommt ganz viel Kleinkram, aus dem Ministerium kommt viel PR.

Spannend war die Broschüre zum Haushalt. Sie wurde verkauft, schon bevor der Haushalt überhaupt in den Landtag eingebracht wurde und bevor wir ihn als Fraktionen hatten.

Wenn wenigstens stimmen würde, was in der Broschüre steht, aber noch nicht einmal dies ist der Fall. In der Broschüre tun Sie so, als wenn Sie unseren und den Forderungen des ORH endlich nachkämen und tatsächlich in der Steuerverwaltung mehr Menschen einsetzen würden. Dabei geht es um ca. 2,1 Millionen Euro. Was passiert mit diesem Geld aber tatsächlich? Sie gleichen damit nur die Fluktuation derjenigen aus, die verschwinden, weil sie den Staat in wirtschaftlich guten Zeiten als nicht zuverlässigen Arbeitgeber wahrnehmen und deswegen lieber in die Wirtschaft wechseln. Das ist wirklich so. Das kann ich diesen Menschen nicht verdenken.

Ich spreche jetzt über unsere Leitlinien zum Nachtragshaushalt. Den Nachtragshaushalt als solchen haben wir ernst genommen. Ein Nachtragshaushalt ist dazu da, nachzujustieren, wo es notwendig ist, entweder weil sich in der Einnahmeseite vehement

etwas verändert hat oder offensichtlich ist, dass in der Ausgabenseite etwas nachjustiert werden muss.

Bei der Ausgabenseite haben Sie an einigen Stellen mit zum Teil unzähligen Tischvorlagen, insgesamt 46 Tischvorlagen, nachjustiert. Zu Beginn der Sitzung hatten wir 15 Vorlagen - das war ein Rekord - auf dem Tisch. Ich frage mich schon, warum wir als Opposition uns eigentlich an Fristen halten, zu denen wir unsere Änderungsanträge einreichen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle sind gleich, aber manche sind gleicher - dieser Grundsatz gilt hier wohl eher.

An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei der Landtagsverwaltung, vor allem bei den Damen des Ausschussbüros. Denn diese haben eine Wahnsinnsarbeit geleistet. Die war bestimmt nicht leicht. Also ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben mit unseren Änderungsanträgen Prioritäten gesetzt und unsere Prioritäten klargemacht. Für diesen Haushalt betraf das die Themen Energiewende, Bildung und Inklusion.

Durch unsere Anträge haben wir klargemacht, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Sie geht uns alle an. Deswegen haben wir ein Paket geschnürt: mit Stellen für Sonderpädagogen, allgemeinen Pädagogen und Unterstützung der Kommunen in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel dem Schulbau und die Schulbusse.

Genau hier hätte der Nachtragshaushalt Sinn gemacht. Er hätte seinen Zweck erfüllen können. Der neue Antrag der interfraktionellen Arbeitsgruppe kam nach dem Doppelhaushalt und hätte deswegen eine vernünftige Unterfütterung im Nachtrag erfordert: Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz konkret: Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen. Deswegen haben wir 20 Millionen Euro für die Hochbaumaßnahmen in den Kommunen eingesetzt. Auch das, was hier von der interfraktionellen Arbeitsgruppe an Personal auf den Weg gebracht wurde, reicht nicht aus. Das bekommen wir überall mit. Das ist das Feedback, das wir von den Eltern und von den Lehrern bekommen. Also haben wir zusätzlich 100 Lehrerinnen- und Lehrerstellen beantragt, um es leisten zu können, dass vermeintlich behinderte Kinder auch in die Regelschule gehen können.

Nein, die Hochschulen sind nicht inklusiv, nur weil es keine anderen gibt. So lautete die Begründung im Ausschuss bei den Beratungen zum Stammhaushalt. Diese Begründung ist zynisch, lieber Kollege Professor Barfuß.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen haben wir 20 Millionen Euro angesetzt: Fehlanzeige, Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Bildung. Das heißt für uns ganz klar: bis inklusive Studium. Die Studiengebühren wollen wir abschaffen, weil sie sozial ungerecht sind.

Der Ministerpräsident sagte dazu in seiner Regierungserklärung zum Haushalt im Januar, noch bevor der Haushalt überhaupt eingebracht war, daran möchte ich noch einmal erinnern: Studienbeiträge produzieren keine soziale Härte. Ein Drittel der Studierenden ist von den Studienbeiträgen befreit. Dieses Drittel ist aber kein soziales Kriterium. Dieses Drittel der Studierenden ist nur befreit, wenn es viele Geschwister hat. Es ist also kein soziales Kriterium. Deswegen stimmt es einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Ministerpräsident sagte weiter: Für alle anderen Studierenden gibt es günstige Darlehen, die erst in einem Zeitraum von bis zu 25 Jahren zurückgezahlt werden müssen. Hierzu nur eine kleine Randbemerkung: Schuldenmachen ist hier wohl nicht un-

moralisch? Die Schulden werden vom Staat auf die Studierenden geschoben und die Studierenden müssen auch nicht 2030 Jahre schuldenfrei sein, denn sie haben großzügigerweise 25 Jahre Zeit dafür.

Zu den Schulen. Mit Ihrem Entwurf zum Nachtragshaushalt haben Sie nachgebessert. Das ist richtig. Das geschah deswegen, weil Sie selbst gemerkt haben, dass viele Ihrer Zahlen, mit denen Sie blenden und verwirren, was die angeblich zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer betrifft, einfach nicht stimmen können. Also kam eine Bemerkung hellseherischer Art oder aus falschem Wissen heraus - warum auch immer? - des Ministers Spaenle, der behauptet hat, kw-Stelle im Haushaltsplan hieße "kann wegfallen". Richtig heißt es, "künftig wegfallen". Daraus hat man tatsächlich "kann wegfallen" gemacht, lässt diesen kw-Vermerk zum 1. August wegfallen und sichert sich damit circa 1.050 Stellen.

Aber, liebe Staatsregierung, Sie können doch nicht die alten Stellen, die Sie nicht wegfallen lassen, als neue verkaufen. Es geht hierbei nicht um Zaubertricks, sondern es geht hier um ehrliche Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Schule ist aber so große Not am Mann bzw. an der Frau, dass wir Soforthilfe brauchen. Deswegen forderten wir in jeder Schulart 5 Millionen Euro zusätzlich, um den Schulen in ihrem Mangel sofort zu helfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Aber sicherlich kommen Sie im nächsten Doppelhaushalt unseren Forderungen hierzu nach, denn dann stehen Wahlen an und gerade im Bereich der Bildung gilt es, Gemüter zu beruhigen. Doch so vergesslich werden die Menschen nicht mehr sein.

Es ist mittlerweile Brauch, unseren Forderungen immer schneller nachzukommen, siehe im Bereich der Krippen. Ganz abgesehen davon, dass der Abbau noch schneller vorangegangen wäre, wenn man nicht jahrzehntelang von Teufelszeug gesprochen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Eltern eine wirkliche Wahlfreiheit haben. Wir wollen, dass es genügend Krippenplätze gibt. Wir wollen, dass die Kinder auch qualitativ gut betreut werden und vor allem wollen wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, denn wenn jemand im nächsten Jahr seinen Rechtsanspruch geltend macht und klagt, dann wird nicht die Staatsregierung, sondern die Kommune belangt. Deswegen haben wir einen Krippengipfel im Fachausschuss gefordert und zu diesem Nachtragshaushalt klar gesagt: Das ist unsere Hauptausgabe, weil es auch unsere Hauptaufgabe ist. Es sind die Investitionen in den Krippenausbau.

In der Vorschule wird der Grundstein für die Chancengerechtigkeit gelegt. Es ist inzwischen eine Binsenweisheit und wurde immer wieder bestätigt, vor Kurzem erst von der OECD, dass wir in Deutschland viel zu wenig Geld in den Vorschulbereich stecken.

Wir wissen, dass unser Haushaltsansatz eine riesige Summe ist: 230 Millionen Euro. Das ist uns bewusst. Aber was haben die liebe Staatsregierung und die Sie tragenden Fraktionen in Ihrer Nachschubliste gemacht? Wohlgermerkt, nachdem die Staatsregierung im letzten Herbst außerplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung über 80 Millionen Euro beantragt hat, hat sie im Entwurf des Nachtragshaushaltes den eigenen Ansatz um das Doppelte, nämlich die Ausgaben um 92 Millionen Euro erhöht, um damit in der Nachschubliste die Verpflichtungsermächtigung auf rund 270 Millionen Euro für die kommenden Jahre noch einmal zu erhöhen.

Fazit: Sie mussten dreimal nachbessern, um auf einen halbwegs ausreichenden Betrag im Haushalt zu kommen und stellen uns gleichzeitig als unglaubwürdig dar. Vorausschauende Haushaltspolitik geht anders.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zur Energiewende. Nur ganz kurz aufgrund der Zeit: Es ist lächerlich, dass Sie bei der energetischen Sanierung der Gebäude sogar noch gekürzt haben. Sie

haben die energetische Sanierung staatlicher Gebäude gekürzt - eigentlich sind das Hausaufgaben, die gemacht werden müssen und jetzt weiter verschleppt werden: Klassenziel nicht erreicht!

Für einen effizienten Klimaschutz braucht man eine andere Verkehrspolitik, nicht Straßen-, sondern Datenautobahnen. Das haben Sie heute gerade noch erkannt, deswegen der heutige Änderungsantrag. Wir werden Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen, weil wir nicht wollen, dass wieder per Gießkanne gefördert wird. Wir wollen die gleiche Summe, aber wir wollen sie zielgerichtet. Genau dort, wo das Internet ausgebaut werden muss, wollen wir fördern und dort wollen wir ansetzen. Das ist eine vernünftige Forderung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ihr stures Festhalten an der dritten Startbahn, obwohl die Flugbewegungen abnehmen und die Prognosen absolut unterschritten sind, ist nahezu grob fahrlässig, besonders dann, wenn man anschaut, wie viel Geld in zwei andere Flughäfen in Bayern gesteckt wird. Lenken Sie endlich ein! Sie haben schon genug Geld in Hof verbrannt. Das ist keine Regionalförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU)

Um bei der ehrlichen Haushaltspolitik zu bleiben: Unser Haushaltsentwurf deckt sich nicht ganz mit den Steuermehreinnahmen. Wenn wir allerdings wie Sie die Investitionen beim Krippenausbau in eine Verpflichtungsermächtigung umwandeln würden, so wie Sie es gemacht haben, dann deckt es sich auch mit den Steuermehreinnahmen. Sie sind ein Meister im Verschieben und Verdecken der Kosten, wir dagegen wollen die verdeckten Schulden beseitigen. Es wäre ein Anfang, wenn Sie diese endlich einmal auf den Tisch legen würden.

(Zuruf von der CSU)

Die Lage ist nicht so rosig, wie es die große Werbekampagne "Aufbruch Bayern" darstellt.

Zu unserem Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz.

(Zuruf von der CSU)

Zur Eingangsbesoldung. Die Steuern sprudeln, und Sie sagen den jungen Leuten: Wir müssen sparen, ihr bekommt nicht mehr Geld als das, was wir euch bei der Anwerbung gegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie es endlich zurück! Führen Sie wieder Steuergerechtigkeit in Bayern ein. "Schweiz light" zu sein, ist keine Antwort auf den Länderfinanzausgleich. Wie das geht, haben wir schon skizziert und Ihnen gerade in der Rede noch einmal dargelegt.

Zum ORH-Bericht haben wir heute noch einmal verheerende Zahlen gehört.

Zur Steuerfahndung in München: Obwohl es einen Landtagsbeschluss gibt, ist es eine Tatsache, dass es knapp 20 % Unterbesetzung bei der Steuerfahndung in München gibt. Im Jahr 2007 waren es knapp 7 % Unterbesetzung. Die Wiederbesetzungssperre zeigt sich als widersinniges Instrument. Das ist ein Bereich, in dem wir Geld einnehmen würden. Hungern Sie die Steuerverwaltung nicht aus, sondern stellen Sie genügend Menschen ein.

Der letzte Punkt des Trauerspiels ist der Pensionsfonds. Tatsächlich haben Sie in einer Ihrer Tischvorlagen eine Sonderzuführung von 100 Millionen Euro für dieses Haushaltsjahr eingestellt. Aber das ist doch weniger als im Gesetz steht. Deswegen ist es eine Minderzuführung. Das ist der richtige Begriff. Es ist eine vorzeitige Entnahme. Sie plündern den Fonds schon beim Einzahlen. Das ist ein Kunststück!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)



Zum Schluss noch eine Bemerkung: Tun Sie nicht so, als wären Sie die besseren Haushälter.

(Zurufe von der CSU)

Ich bin nicht diejenige, die darauf herumreitet, wie viel Sie mit der Landesbank in den Sand gesetzt haben. Aber das aktuelle Beispiel der Landesstiftung zeigt wieder einmal: Hätten Sie damals auf meine Vor-Vorgängerin Emma Kellner gehört - -

(Zuruf von der CSU: Nicht so aufregen!)

- Ich kann leider nicht lauter reden wegen meiner Stimme, deswegen muss ich intensiver werden.

(Zurufe von der CSU)

Frau Emma Kellner hat gesagt: Das Geld nicht nur bei der HVB anlegen, sondern 25 % in beständige Aktien, den Rest in deutsche Staatsanleihen und in kurzfristige Anlagen stecken, dass man schnell handlungsfähig ist. Das ist im Protokoll nachzulesen. Das Verbrennen des Vermögens der Landesstiftung wäre Ihnen so nicht passiert, wenn Sie die Empfehlungen damals befolgt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch wenn Sie noch so oft die Behauptung vor sich hertragen, Sie seien die besseren Haushälter - dadurch wird es nicht besser.

Insgesamt ist das Fazit: In Ihrem Nachtragshaushalt - von den unzähligen Tischvorlagen ganz zu schweigen - fehlen klare Prioritäten. Wir haben sie gesetzt. Unsere drei Schwerpunkte lauten: Energiewende, Bildung, Inklusion. Wir werden die Umsetzung im nächsten Haushalt, dem Doppelhaushalt, wieder anmahnen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Da brauchte man was Unterhaltsames - das hat ja Kreistagsniveau!)

- Herr Ministerpräsident, ich finde es relativ unangemessen, von der Seite solche Bemerkungen zu machen, um es einmal nett zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie unseren Anträgen endlich einmal zustimmen, wenn Sie endlich weniger die Dagegen-Partei sind, dann kommen Sie viel schneller zu Ihren Zielen, die Sie jetzt auch alle haben: zur Energiewende nach dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomkraft, zur Ganztagschule - insoweit sind wir immer noch hinten dran -, zum Krippenausbau. Alle Ziele würden Sie schneller erreichen, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen würden. Ganz nebenbei wäre das Ausdruck einer ehrlichen, transparenten Haushaltspolitik.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. - Wir fahren in der Aussprache fort. Nächster Redner ist Herr Kollege Karsten Klein. Ihm folgt Herr Kollege Reichhart. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Vision ist ein schuldenfreies Bayern. Die FDP ist Taktgeber bei der Erreichung dieses Ziels.

In Bayern laufen bekanntlich die Uhren anders - seit heute auch die Schuldenuhr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Markus Rinderspacher (SPD):  
Die Uhr ist falsch gestellt!)

Denn es gibt eine Position im bayerischen Haushalt, mit der wir weder die Gegenwart finanzieren noch in die Zukunft investieren: die Schulden, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden und die wir bezahlen müssen - mit 1,1 Milliarden Euro Zinsen!

(Volkmar Halbleib (SPD): CSU-Schulden!)

Auch die Studie des Bundes der Steuerzahler kommt zu dem Schluss, dass die größte Gefährdung für die Haushalte der Länder die Zinsausgaben sind. In Bayern sind es, wie gesagt, 1,1 Milliarden Euro. Wir werden das ändern. Mit dem Beschluss des Landtags geben wir heute den Startschuss zu einer nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa beispiellosen Aktion: Wir tilgen Bayerns Schulden!

(Beifall bei der FDP)

Auf der Grundlage dieser Vision setzt die Koalition aus CSU und FDP zum vierten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden auf. Wenn wir die Finanzierungssaldos, die vom Obersten Rechnungshof thematisiert worden sind, summieren und die Aufwendungen für die Landesbank herausrechnen - das muss man tun, wenn man das Regierungshandeln dieser Koalition beurteilen will -, dann kommen wir zu dem Ergebnis: Wir haben in Bayern mit der Kraft dieser Staatsregierung einen positiven Finanzierungssaldo erreicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Angesichts eines Schuldenstandes pro Kopf von 2.593 Euro im Jahr 2011, dem niedrigsten unter allen westlichen Bundesländern, bekommen wir Bestnoten. Deshalb möchte ich bei aller gelebten Kritik und Diskussion in diesem Haus klar sagen: Ich finde es schon etwas übertrieben, wie hier manche Vertreter der Oppositionsfraktionen uns gute Hinweise geben wollen. Ich kann Sie nur auffordern: Geben Sie diese Hinweise Ihren Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen! Die haben Bedarf an guten Ratschlägen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Auf unserer soliden Haushaltspolitik mit ausgeglichenen Haushalten - Träger dieser Politik sind CSU und FDP - setzt unser Fahrplan für die Schuldentilgung auf.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Der Zug wird ohne Sie fahren!)

Wir werden im Ergebnis des heutigen Beschlusses im Jahr 2012 eine Milliarde Euro tilgen und mindestens eine weitere Milliarde über den Doppelhaushalt 2013/2014. Die 1,1 Milliarden Euro, die wir gegenwärtig noch für Zinsen aufwenden, werden wir in Tilgungszahlungen umwandeln. Das ist ein wichtiger Baustein unseres Plans für die Schuldentilgung. Zudem werden wir unter Berücksichtigung von Verbesserungen im Länderfinanzausgleich jährlich Sondertilgungen stemmen. Damit realisieren wir unser Ziel: Bayern wird 2030 ohne Schulden sein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Klar ist auch: Dieses Ziel kann nur mit einem klaren politischen Willen und einem klaren finanzpolitischen Kompass erreicht werden. Auch künftige politische Entscheidungsträger müssen diesen Kurs fortsetzen. Wir, die FDP in Bayern, sind dazu bereit. Wir stechen nur mit demjenigen in See, der mit uns gemeinsam diesen Kurs engagiert zu Ende führt. Wir setzen darauf, liebe Bürgerinnen und Bürger, dass Sie uns bei diesem Kurs unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist richtig, dass die Zielmarke, die wir uns gesetzt haben, diese große Vision - wir haben Visionen -, ohne die FDP nicht entstanden wäre. Wir hatten schon auf dem Parteitag im November 2011 beschlossen, dass die Schulden getilgt werden sollen. Wir waren es, die darauf gepocht haben, die zusätzlichen Steuereinnahmen des Jahres 2011 vorrangig für die Schuldentilgung zu verwenden. Wir haben in diese Richtung Druck gemacht.

Für uns als FDP-Fraktion ist klar: Bei zusätzlichen Steuereinnahmen sprechen wir in der Koalition zuallererst über die Themen Schuldentilgung und Generationengerechtigkeit. Dafür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Das alles ist kein Selbstzweck. Unser Ziel ist die Erhaltung der Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen und der künftigen politischen Entscheidungsträger, also uns selbst.

Zur Erklärung für Kollegin Claudia Stamm: Am Ende der Tilgungszeit werden wir die eine Milliarde Euro, die jetzt noch für Zinsen aufzuwenden sind, für Pensionszahlungen reservieren. Dabei geht es um verschiedene Zeiträume. Das wird man wohl noch auseinanderhalten können.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir verbessern damit die Situation in Zukunft stärker, als es bisher geplant war.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Versorgungsausgaben gehören zu den größten Herausforderungen in den nächsten Jahren. Deshalb ist es richtig, dass wir, CSU und FDP gemeinsam, uns auf ein neues System verständigt haben, dessen Basisbaustein die Schuldentilgung ist. Die bisherigen Bausteine Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds werden nicht geplündert, sondern zu einem Pensionsfonds zusammengeführt, in den der Freistaat ab 2012 100 Millionen Euro jährlich einzahlt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu wenig!)

Diese Ansparung werden wir in den nächsten Jahren fortführen, weil wir das Ziel haben - jetzt kommt die Begründung, warum das ein geschlossenes System ist, Herr Kollege Rinderspacher -, die Versorgungsausgaben ab 2023 mit Mitteln aus dem Pensionsfonds um bis zu 360 Millionen Euro zu dämpfen. Noch einmal: Ab 2030 steht uns eine Milliarde Euro zur Verfügung. Aus dem Versorgungsfonds, wie er bisher besteht, hätten wir in der Spitze nur 600 Millionen herausbekommen. Mit dem ab 2030 bestehenden Freiraum von einer Milliarde Euro verbessern wir die Situation zukünftiger Generationen erheblich. Das ist stringente Finanzpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben sich von der CSU über den Tisch ziehen lassen!)

Daran wird auch deutlich, dass uns die Botschaft an die Beamten wichtig ist: Wir wollen ihre Versorgungsansprüche auch in Zukunft sichern.

Mir ist durchaus aufgefallen, dass die Mitglieder der Fraktionen von SPD und GRÜNEN nicht klatschten, als Herr Pointner in seiner Rede behauptete, die Beamten in Bayern würden die Zeche zahlen, was sicherlich nicht stimmt. Dass es am Applaus von SPD und GRÜNEN gefehlt hat, mag damit zusammenhängen, dass Herr Kretschmann in Baden-Württemberg angekündigt hat, 130 Millionen Euro bei den Beamten einzusparen. Vielleicht geben Sie auch ihm ein paar Ihrer guten Hinweise, die wir hier nicht brauchen!

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD)

Schuldentilgung und Versorgungsausgaben sind zwei Seiten einer Medaille. Sie sind im Einklang zu sehen. Deswegen haben wir im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen eine ehrgeizige Vision zu unserem Vorhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich habe auch am letzten Wochenende wahrgenommen: So ganz trauen Sie das den Bayern nicht zu, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Wir aber schon.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir nicht!)

Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung geschrieben wird. Die FDP-Fraktion hat schon 2010 einen Entwurf vorgelegt - wir sind sicherlich diskussionsbereit -, wie wir uns die Schuldenbremse vorstellen.

(Harald Güller (SPD): Wem haben Sie den vorgelegt?)

- Ihr habt ihn auch, und zwar seit August 2011. Wir haben den Entwurf vorgelegt. Er liegt seit 2010 vor mit dem Inhalt, wie wir uns vorstellen, dass die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll.

Es war ein wichtiger Schritt, dass die Schuldenbremse gemeinsam von allen Parteien auf Bundesebene in das Grundgesetz geschrieben wurde. Unser Credo ist, dass jeder mit seinem Geld haushalten muss - auch der Staat. Der Blick auf die EU-Schuldenkrise lehrt doch eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ausufernde Staatsfinanzen gefährden den persönlichen Wohlstand und Arbeitsplätze. Schuldenmachen ist das größte Risiko für die Zukunftsfähigkeit eines Staates. Deshalb ist das Signal, das wir heute setzten, absolut richtig. Die Schuldenbremse muss in der Bayerischen Verfassung verankert werden. Das ist generationengerechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP, Abgeordneten der CSU und der SPD)

Wir teilen die Auffassung des Obersten Rechnungshofs, der das heute noch einmal ausdrücklich bestätigt hat. Ich begrüße es, dass sich die SPD auf ihrem Parteitag in Bamberg endlich auch zur Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung bekannt hat. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

Wer seine Ausgaben erwirtschaften will, der braucht zuallererst einen ausgeglichenen Haushalt und dann natürlich Schuldentilgung. Bei uns haben sich die Einnahmen nicht an den Ausgaben zu orientieren. Letztendlich ist es unsere Aufgabe, in diesem Hohen Hause die Staatsaufgaben festzulegen. Ein starker, handlungsfähiger Staat fußt auf einer starken, handlungsfähigen Gesellschaft. Abzocke bei Leistungsträgern läuft dem zuwider, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Umso erschrockener muss man die Beschlüsse der GRÜNEN in Kiel und der SPD in Bamberg sehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Meinen Sie mit Leistungsträgern auch die Kassierer(in)?)

Die "Süddeutsche Zeitung", die völlig unverdächtig ist, hat zum Parteitag der GRÜNEN in Kiel getitelt: "Steuererhöhungssorgie". Das sind die Worte der "Süddeutschen". Bei den GRÜNEN ist erstaunlich, dass ganz oben im Finanzantrag, auf Seite 3, die Legalisierung von Cannabis steht, weil man sich davon erhebliche Steuermehreinnahmen erhofft.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die "Steuererhöhungssorgie" geht weiter. Die SPD hat am Wochenende einen Spitzensteuersatz von 49 % - da ist die Kirchensteuer noch nicht mal dabei - beschlossen, allerdings erst ab 100.000 Euro Einkommen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Die GRÜNEN wollen eine Vermögensabgabe einführen - sie soll 100 Milliarden Euro bringen - und später die Vermögensteuer. Auch da steht die SPD Gewähr bei Fuß. Also Wiedereinführung und Belastung!

Die GRÜNEN wollen eine Umsatzsteuererhöhung. Die Erbschaftsteuer soll spürbar erhöht werden. Da wünscht sich die SPD eine Reform. Wo sie hin will, sagt sie aber nicht. Da sollten Sie vielleicht einmal mit den FREIEN WÄHLERN reden. Denn die schließen die Erbschaftsteuer in ihrem Programm von 2008 aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erklären Sie mal, wie es zu weniger Netto vom Brutto kommt!)

Sie streben eine Aufkommenssteigerung bei der Unternehmensbesteuerung an, ohne einen Betrag zu nennen. Sie wollen nicht den Mittelstand entlasten und die Großen mehr belasten, sondern Sie wollen alle mehr belasten. Das ist die Politik der GRÜNEN. Hinzu kommt die Ausweitung der Gewerbesteuer und, und, und.



Und wer sich bei dem ganzen Thema schlecht fühlt, weil er demnächst so sehr besteuert wird, weil Sie dem Leistungsträger in die Tasche greifen wollen für Ihre Programme, der kann sich beruhigen, indem er bei den GRÜNEN ins Programm schaut.

Da steht: Das ist alles nur Besteuerung mit ökologischer Verhaltenslenkung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da fühlt man sich natürlich gleich besser.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich wollte damit noch einmal klar machen, dass die Einnahmenseite des Freistaats Bayern ein wichtiger Posten ist. Wir kommen mit unseren Einnahmen aus. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt. Wir tilgen Schulden. Mit uns muss es einen ausgeglichenen Haushalt geben. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die dafür eintreten, dass sich die Ausgaben nicht nach den Einnahmen richten müssen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Schuldenbremse, ausgeglichener Haushalt, Schuldentilgung - das alles ist möglich, wenn wir auch in die Zukunft dieses Landes investieren. Und wir investieren in dieses Land. Denn nur ein wettbewerbsfähiges Land, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft kann über Wachstum unseren Wohlstand erhalten und damit auch die Steuereinnahmen für den Freistaat Bayern möglich machen, die wir für unsere Vision brauchen.

Wir investieren beispiellos in der Bundesrepublik in dieses Land. 12,4 %! Das ist der Anteil des Haushalts, den wir investieren, während der Durchschnitt der westdeutschen Länder bei 9,4 % liegt. Wir liegen also um 3 % darüber. Das sind 5,8 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das ist beispiellos in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Investitionskurve geht nach unten!)

- Nein, das stimmt nicht. 50 % unserer Ausgaben investieren wir in den Bildungsbereich. Weil das eben wieder falsch angesprochen worden ist: 5.500 zusätzliche Planstellen sind jetzt schon mit diesem Nachtragshaushalt erreicht. Wir hatten uns 5.000 Planstellen für die ganze Legislatur vorgenommen. Jetzt haben wir schon mehr erreicht, als wir uns vorgenommen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir investieren in den Technologietransfer, weil uns der wettbewerbsfähige Mittelstand wichtig ist. Es sind 30 Millionen Euro mehr allein über Fraktionsinitiativen für die nächsten Jahre bis 2014.

Ganz wichtig ist auch das Thema Studienplätze. Wir haben 38.000 zusätzliche Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen. Wir haben 5.500 Plätze wegen der Aussetzung der Wehrpflicht geschaffen. Und wir starten heute mit noch einmal 10.000 zusätzlichen Studienplätzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Sommer 2011 waren die Zeitungen voll mit Erwartungen, wie schlimm der Herbst würde wegen des doppelten Abiturjahrgangs. Alle Stimmen sind verstummt. Das hat nur einen Grund: Wir haben den doppelten Abiturjahrgang, dieses Riesenprojekt gemeinsam mit den Entscheidungsträgern vor Ort, mit den Hochschulen, mit den Studierenden und natürlich mit dem Wissenschaftsministerium, vor allem mit unserem Wissenschaftsminister Dr. Heubisch, in hervorragender Art und Weise bewältigt. Wir sind Spitze beim Ausbau der Hochschulen in ganz Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Wir starten mit diesem Nachtragshaushalt heute in das letzte kostenfreie Kindergartenjahr. Mit 50 Euro ab 1. September 2012 - das sind 600 Euro in der Gesamtwirkung - entlasten wir junge Familien

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und ab 01.09.2013 in der zweiten Stufe mit 100 Euro. Das sind 1.200 Euro im Jahr! Das ist ein starkes Signal. Wir in Bayern sind das Familienland. Wir haben seit 2008 die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren vervierfacht.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es ist einfach nicht richtig, was immer behauptet wird, dass Bayern rückständig wäre. Seit 2008 haben wir einen enormen Aufholprozess durchgeführt. Im Gegensatz zur Landeshauptstadt München sind wir auf einem guten Weg,

(Markus Rinderspacher (SPD): Nur im Vergleich der Bundesländer ist es nicht so!)

dass wir den Bundesschnitt sogar überbieten werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir arbeiten aber auch in kleinen Feldern. Zum Beispiel liegt uns das Thema Asyl besonders am Herzen, insbesondere unserer sozialpolitischen Sprecherin Brigitte Meyer. Wir haben zusätzliche Mittel für die Asylsozialberatung eingestellt, und zwar über 800.000 Euro,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

damit die Beratungen fortgesetzt werden. Es ist doch schön, Herr Kollege Halbleib, wenn wir uns in der Zielsetzung einig sind. Ich bin mir völlig klar darüber, dass wir uns in dieser Zielsetzung einig sind.

Einen weiteren Punkt möchte ich erwähnen, auch wenn das nicht so viel Geld kostet. Dieser Punkt war mir persönlich sehr wichtig. Wir haben das Bildungs- und Teilhabepaket, das bisher eben nicht für Kinder von Asylbewerbern teilhabewirksam war, auf Vereinsmitgliedschaften für Kinder von Asylbewerbern ausgeweitet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Asylbewerberkinder

auch am Vereinsleben in Deutschland teilnehmen können. Wir mussten das über den Nachtragshaushalt durchsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns in diesem Nachtragshaushalt - das möchte ich noch einmal erwähnen, auch wenn es bei der Einbringung schon gesagt wurde - drei Schwerpunkte gesetzt: Im Bereich Bildung und Familie wurden über das, was im Stammhaushalt bereits enthalten ist, weitere 169 Millionen Euro eingesetzt, unter anderem, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Das ist ein absolut richtiges Signal, Kollege Spaenle.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie kam der Unterrichtsausfall denn zustande?)

Im Bereich Energie, Klima und Innovation wurden 126 Millionen Euro eingestellt. Wir haben in der Gesellschaft und in den Parteien im Jahr 2011, als der Haushalt schon beschlossen war, eine große Diskussion über einen beschleunigten Austritt aus der Kernenergie gehabt. Wir haben das im Nachtragshaushalt nachvollzogen, wie das Aufgabe eines Nachtragshaushalts ist, mit 126 Millionen Euro.

Wir haben 232 Millionen Euro im Bereich des demografischen Wandels und für die Stärkung des ländlichen Raums eingestellt. 232 Millionen Euro! Da spielt natürlich auch das Thema Glasfaserausbau, Breitbandförderung in Bayern eine große Rolle. Auch das haben wir angepackt. An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, nachdem in Bayern einmal eine Phase herrschte, in der alles der Markt geregelt hat, dass es FDP-Mitglied und Wirtschaftsminister Martin Zeil war, der beim Ausbau der Breitbandversorgung entschieden vorangegangen ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb habt ihr die Nachtsitzung gebraucht!)

Wir haben in Bayern ein Progrämmchen vorgefunden und statt 17 Millionen Euro gemeinsam mit der CSU 100 Millionen Euro eingesetzt.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Warum geben Sie nicht 100 Millionen Euro? - Volkmar Halbleib (SPD): Weil Äpfel keine Birnen sind!)

Mit diesem Grundstein der Versorgung sind nun 99 % der bayerischen Haushalte mit dem Internet verbunden. 80 % der Gemeinden - das sind 1.300 - haben das Förderprogramm wahrgenommen. Bayern liegt auf dem Spitzenplatz bei den Fördergeldern für den Breitbandausbau in Deutschland - nicht Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg, sondern der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Weil sie früher angefangen haben, Herr Kollege! Sie haben es verschlafen, das ist die Wahrheit!)

Wir erreichen mit dem Ausbau bei neueren Versionen Spitzengeschwindigkeiten von 50 Megabit pro Sekunde. Das ist ungefähr das - damit Sie einen Vergleich haben -, was wir hier im Plenarsaal zur Verfügung haben. So schlecht kann also dieses Programm gar nicht sein.

Wir gehen nun mit der Glasfaserstrategie, die wir in einem ersten Schritt im Hinblick auf den demografischen Wandel und den Aufbruch für den ländlichen Raum beschlossen haben - die erste Stufe vorab für die besonders betroffenen Gebiete -, einen zweiten Schritt. Wir haben in der Koalition schon immer gesagt, dass wir einen zweiten Schritt für ganz Bayern gehen werden. Diesen gehen wir mit Staatsminister Zeil und mit der Unterstützung, die wir vom Bund in den nächsten Jahren einfordern. Die Glasfaserstrategie für Bayern umfasst sechs Punkte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum so spät?)

Ich möchte diese jetzt nicht im Einzelnen auführen; Ihnen liegt der Änderungsantrag vor. Es ist richtig, dass wir diesen Weg nach vorn engagiert gehen. Vergangenheitsbetrachtungen, ob in früheren Jahren, vor 10 oder 20 Jahren, etwas verschlafen wurde, bringen uns an dieser Stelle nicht weiter.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vor drei Jahren schon!)

Wir, CSU und FDP, wollen gemeinsam in die Zukunft sehen, und wir gehen gemeinsam in die Zukunft und setzen auf die Zukunft sowie auf die Köpfe der Zukunft in der Koalition.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein weiterer Punkt in diesem Haushalt - das spricht für die Solidarität der Bayern - sind die 3,9 Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich, die Kollege Söder bereits angesprochen hat. 3,9 Milliarden Euro stehen jetzt noch im Haushaltsplan. Nichts zeigt mehr, wie solidarisch wir sind. Das sind 50 % des Gesamtvolumens des Länderfinanzausgleichs. Es zeigt aber auch, dass wir Veränderungen in diesem Bereich benötigen. Ja, wir sind bereit, mit den Nehmerländern darüber Gespräche zu führen. Aber dieses Angebot - ich sagte es bereits mehrmals - gilt nicht endlos. Wir wollen bis zum Ende des Jahres zu einem Verhandlungsergebnis kommen. Sollte dies nicht gelingen, werden wir die Klage in der Bundesrepublik Deutschland vorantreiben und einreichen,

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Verhandlungsführer!)

denn wir möchten ein anreizorientiertes System. Die drei FDP-Fraktionen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern haben ein Gutachten auf den Weg gebracht, um Impulse dafür zu geben, wie ein neues Konzept aussehen kann: anreizorientiert, denn das momentane Konzept hilft weder den Nehmer- noch den Geberländern. Wir wollen gemeinsam nach vorn kommen, und der Auftrag ist im Ministerrat bis zum Ende des Jahres erteilt: Verhandlungsergebnis oder Klage.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ihr habt das Gesetz im Bundestag beschlossen!)

Der Rechnungshof hat uns im Dezember 2011 noch zu wenig Ehrgeiz beim Thema Schuldentilgung vorgeworfen. Damals haben wir gemeinsam in der Koalition beschlossen, 250 Millionen Euro als Entwurf ins Parlament einzubringen, und ich halte heute fest, dass wir gemeinsam eine Milliarde Euro tilgen, dass wir also weit über das hinausgehen, was uns der Rechnungshof vorgeworfen hat, und auch deshalb ist

heute ein guter Tag. Es steht leider heute nicht so deutlich in den Pressestatements des Rechnungshofes, aber ich wollte es an dieser Stelle trotzdem festgehalten haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aus der Pensionskasse!)

Wir sorgen mit diesem Haushalt für gute Rahmenbedingungen in Bildung, Wissenschaft sowie in Forschung. Wir investieren in die Zukunft. Ein Wort an unsere sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen: Soziale Sicherung in der Zukunft erreicht man nicht, indem man heute auf den größtmöglichen Wohlfahrtsstaat setzt, sondern indem man in die Zukunft investiert und Rahmenbedingungen setzt, damit wir mit einer nachhaltigen Politik auch in Zukunft soziale Sicherung gewährleisten können. Das ist unsere Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft und diesem Staatssystem.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Vor drei Jahren hätten Sie das erklären müssen!)

Bayern geht es gut, und unsere Ideen und Visionen werden dafür sorgen, dass das auch so bleibt. Wir stehen als FDP-Fraktion in dieser Koalition gemeinsam mit der CSU für einen ausgeglichenen Haushalt, da nur ein handlungsfähiger Staat in die Zukunft investieren kann. Unsere Investitionen, die in die Zukunft gehen, sind beispiellos. Nur ein wettbewerbsfähiger Standort Bayern kann Wachstum ermöglichen, womit wir Wohlstand sichern und die Steuereinnahmen ermöglichen, die wir brauchen, um heute den Startschuss in die Schuldenfreiheit zu geben und dann auch durchzusetzen. Wir kämpfen für die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen. Das ist Ihre FDP-Fraktion hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte mich am Schluss dem Dank an den Ausschussvorsitzenden Georg Winter, aber auch an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Volkmar Halbleib anschließen - bei allen politischen Differenzen wird doch vieles ganz harmonisch diskutiert -, an den Ausschussdienst, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzminis-

teriums, den Finanzminister und natürlich die gesamte Staatsregierung sowie den Ministerpräsidenten, die hinter diesem Plan stehen.

(Heiterkeit bei der SPD - Harald Güller (SPD): Gerade noch rechtzeitig!)

Es ist ein starker Haushalt, den wir heute beschließen. Ich konnte Ihnen einige Punkte skizzieren, und ich denke, es ist wirklich ein guter Tag für Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Klein. - Nächster Redner ist Markus Reichhart, danach folgt Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Herr Kollege Reichhart.

**Markus Reichhart (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Nachtragshaushalt eine Feinjustierung des Stammhaushaltes bedeutet, ist es dennoch wichtig, die Stellschrauben anzuziehen.

Ich möchte eingangs etwas besonders hervorheben: Wer glaubt, dass allein politische Entscheidungen das wirtschaftliche Handeln prägen, der täuscht sich. Viele Unternehmen sind froh, wenn sie wirtschaften können, ohne mit politischen Entscheidungen belastet zu werden.

Aus der Sicht der FREIEN WÄHLER ist die Regierungsfraktion dem Auftrag, den der Ministerpräsident einmal ausgerufen hat, die FREIEN WÄHLER in Bayern überflüssig zu machen, nicht nachgekommen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war nachzulesen. Immerhin hat es die Koalition geschafft, einige Anträge von uns präzise abzuschreiben. Dazu Gratulation! Abschreiben hat ja seine Tücken, wie Mitglieder der CSU und der FDP in der jüngsten Vergangenheit auf Bundes- und Europaebene erfahren mussten und müssen. Jedenfalls freuen wir FREIEN WÄHLER uns,



dass die Vereinspauschalen und Sportstättenfördermittel endlich erhöht wurden, damit die örtlichen Vereine ihre teuren Zwischenfinanzierungen ablösen können.

(Harald Güller (SPD): Aber leider nicht auf Dauer!)

Dennoch bleibt immer noch ein Antragsstau für mehrere Jahre, und wir werden dieses Thema im nächsten Doppelhaushalt wieder auf den Tisch legen.

Dass bei den Schullandheimen auf die Kürzung verzichtet wurde, freut uns, da es gerade in diesem Bereich eine Chance gibt, in einem anderen Rahmen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen einzugehen. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich und wenig zukunftsorientiert, dass unser Antrag zum Ausbau der Ganztageschulen nicht kopiert wurde. Das hätten wir ebenso wenig kritisiert wie eine Unterstützung der Beratungslehrer sowie die bessere Ausstattung bei den Förderlehrern und -anwärtern. Wir als FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass uns die gesellschaftliche Entwicklung schon sehr bald zwingen wird, in diesem Bereich sehr viel mehr zu investieren.

Nächstes Thema: Berufsschulen. Hierbei möchte ich ganz besonders deutlich die schlechte Ausstattung der Berufsschullehrer in Sachen Weiterbildung kritisieren. Im Berufsschulbereich hat ein Schulleiter im Schnitt oft nur wenige Euro pro Lehrer pro Jahr zur Verfügung, um die Lehrer auf fachspezifische Fortbildungen zu schicken, ganz zu schweigen von der Situation, dass dann ein Kollege einspringen muss oder, noch schlechter, der Unterricht ausfällt, weil die Personaldecke zu dünn ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich zu unserem guten und hoch gelobten dualen beruflichen Bildungssystem bekennt, sollte es auch intensiv stützen und fördern.

Mindestens genauso unverständlich ist auf anderer Ebene die Verweigerung, den Schulgeldausgleich in den Altenpflegeschulen zu verbessern. Dieser nachweisbar wichtige Bereich unseres Sozialsystems muss besser gestärkt werden. Nachhaltig im Sinne funktionierender Systeme ist dieses Handeln nicht. An dieser Stelle verweise ich auf unsere Anträge zum Einzelplan des Sozialministeriums.

Besonders hervorheben möchte ich drei Anträge. Zunächst komme ich zum Antrag über die Mehrgenerationenhäuser. Hier habe ich ein gutes Beispiel in Ingolstadt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich sagte gerade: Guter Mann aus Ingolstadt!)

Aus unserer Sicht wäre es hier notwendig, den mittlerweile etablierten Einrichtungen eine bessere Unterstützung zu geben. Das Gleiche gilt auch für unsere Behindertenbeauftragte Frau Badura, die, um vernünftig arbeiten zu können, eine bessere Personalausstattung braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade im Hinblick auf die Inklusion wäre dies ein klares Zeichen und ein wichtiges Signal.

Die Beratung über unseren Antrag zur besseren Finanzausstattung von Umweltbildungsstätten im Einzelplan "Umwelt und Gesundheit" im Haushaltsausschuss war ein Lehrstück für angehende Politologen. Mit unserem Antrag wollten wir gerade einmal 100.000 € mehr für die Umweltbildungsstätten in Bayern erreichen. Die Regierungskoalition hat ebenfalls gemerkt, dass dieses Thema wichtig ist und uns mit einer inhaltsgleichen - ich betone "inhaltsgleichen" - Tischvorlage erfreut. Allerdings hatten die Strategen den Antrag, den sie von uns abgeschrieben haben, noch mit einem Deckungsvorschlag versehen. Dazu ist festzustellen, dass wir als Opposition gar nicht in der Lage sind, Deckungsvorschläge aus den Ressorts der Ministerien zu machen. Dies kann nur das Ministerium selbst.

Wie dem auch sei: Bei der Abstimmung wurde unser Antrag mit der Begründung der fehlenden Deckung abgelehnt. Der Tischvorlage von CSU und FDP wurde selbstverständlich zugestimmt. Meine Damen und Herren, so eine Unverfrorenheit ist mir in zehn Jahren Stadtratstätigkeit nicht vorgekommen. Bis zur letzten Wahl gab es wegen der absoluten Mehrheit der CSU jede Menge Gelegenheiten für solche Kindereien. Bei meinen Söhnen würde ich ein solches Verhalten als pubertär bezeichnen, weil klar ist:

Hätten wir den identischen Deckungsvorschlag der Regierungskoalition gemacht, hätte uns das Ministerium mit treuherzigem Augenaufschlag erklärt, dass die Mittel unmöglich aus dieser Haushaltsstelle zu entnehmen seien. Dieser Vorgang sollte in die Lehrbücher der Politikwissenschaft als schlechtes Beispiel für den Parlamentarismus aufgenommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er ist auch nicht mit der sprichwörtlichen bayerischen Schlitzohrigkeit zu verwechseln. Unsere Bürger erwarten zu Recht solide Arbeit im Bayerischen Landtag und keine Täuschenspielertricks.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Einzelplan 12 möchte ich noch unseren Antrag zum Thema Heilbäder erwähnen, da dies der Antrag mit dem größten Finanzvolumen war. Aus der Sicht der FREIEN WÄHLER ist die Unterstützung der Heilbäder in Bayern notwendig, um dem Anspruch der bestmöglichen Gesunderhaltung unserer Bevölkerung gerecht zu werden. Leider wird dieser Grundgedanke von der Regierungskoalition nicht mitgetragen.

Unsere berechtigte Forderung, die wir für den Bereich der Justiz gestellt haben, wurde leider ebenfalls abgelehnt. Dies ist aus unserer Sicht umso erstaunlicher, weil die Motivation und die Leistungsfähigkeit der Justiz Standortfaktoren eines Landes sind. Ich möchte gar nicht auf andere EU-Länder verweisen, die nicht zuletzt aufgrund einer mangelhaften Gerichtsbarkeit für internationale Unternehmen nicht infrage kommen. Daher sind wir sehr enttäuscht darüber, dass es nicht möglich war, mehr Stellen und die von uns beantragten Hebungen durchzubekommen. Dass auch die Anträge für die Bereiche Rechtspflege und Justizvollzug keine Mehrheit gefunden haben, wird sich schon in wenigen Jahren rächen, weil der Wettbewerb am Arbeitsmarkt schon längst begonnen hat. Ob wir dann noch qualifizierte und vor allem qualifizierbare Anwärter bekommen werden, bleibt abzuwarten.

Bei der Wissenschaft steht unsere Forderung, den Studenten nicht auch noch durch Studiengebühren das Leben schwer zu machen. Natürlich ist es uns bewusst, dass es hier um eine hohe Summe geht. Aber nach unserer festen Überzeugung ist es eine staatliche Aufgabe, das Studium kostenfrei zu stellen. Zum Argument, was sollten da Meister und Techniker sagen, die ihre Ausbildung zu einem großen Teil selbst finanzieren müssen, kann ich als einer, der selbst Meister ist, nur sagen: Hier ist es nötig, umzudenken. Wir alle sollten uns Gedanken darüber machen, wie wir unsere jungen Erwachsenen motivieren können, sich nach einer abgeschlossenen Lehre weiterzuqualifizieren. Eine finanzielle Hürde ist dabei kontraproduktiv. Eine Gleichbehandlung der Studenten mit Leuten, die die Meisterausbildung durchlaufen, ist meines Erachtens dringend notwendig, aber in einer anderen Richtung, als sich das die Regierungskoalition vorstellt. Auch die Meister- und Techniker Ausbildung sollte möglichst kostenfrei sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unabhängig von dieser Forderung sind die Studenten um ihre Lage nicht zu beneiden. Ich kenne Studenten, die täglich 60 km einfach zum Studienort fahren müssen, weil sie dort kein Zimmer finden. Daher haben wir gefordert, den Studentenwerken mehr Mittel zu geben, um wenigstens eine Entlastung durch Studentenwohnungen zu schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Guter Vorschlag!)

Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Ich bin allerdings sicher, dass dieses Thema wiederkommen wird, da auch in den kommenden Jahren keine Entspannung zu erwarten ist. Die Studierendenzahlen steigen weiter. Analog dazu hatten wir eine Stärkung des Mittelbaus bei den Hochschulen und den Universitäten gefordert. Hier wird sich der Druck ebenfalls noch erhöhen. Meine Damen und Herren, eines ist klar: Ohne

motiviertes Personal auf allen Ebenen wird die gute Position der bayerischen Hochschulen und Universitäten nicht zu halten sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Ende meiner Rede möchte ich die Zustimmung wenigstens einiger Abgeordneter zu unserem Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Regensburg positiv erwähnen.

Zusammenfassend bedanke ich mich bei Herrn Vorsitzendem Georg Winter und den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses für die Zusammenarbeit und insbesondere dafür, dass es möglich war, durch die Übernahme des einen oder anderen Antrags der FREIEN WÄHLER unseren Anregungen nachzukommen. Nicht zuletzt danke ich unserer Frau Fecke und ihren Kolleginnen und Kollegen vom Ausschuss- und Sitzungsdienst, die es nicht leicht hatten, die vielen Tischvorlagen zu koordinieren. Frau Kollegin Stamm hat gesagt, dass es 46 an der Zahl gewesen seien. Ebenso danke ich unseren Referenten in der Fraktion, die ebenfalls kurzfristig reagieren mussten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich erteile jetzt Frau Kollegin Kamm das Wort. Danach wird zum Abschluss Herr Staatssekretär Pschierer sprechen.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen bayerischen Kommunen geht es gut, aber annähernd genauso vielen Kommunen geht es schlecht. Die Lage eines Drittels der bayerischen Kommunen ist höchst besorgniserregend. Im Jahre 2011 schafften es 27 % der bayerischen Kommunen nicht, die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt zu leisten. Sie konnten also ihre Investitionen nicht mit Überschüssen aus dem Verwaltungshaushalt bezahlen. 10 % der bayerischen Kommunen hatten sogar überhaupt keine Zuführung zum Vermögenshaushalt, das heißt ihre Investitionsquote lag bei Null.

9,7 % aller kommunalen Haushalte sind im Jahre 2011 nur mit Einschränkungen oder Kreditrestriktionen genehmigt worden. Bei diesen Kommunen kann es durchaus sein, dass es ihnen nicht möglich sein wird, irgendwelche Förderprogramme in Anspruch zu nehmen, um beispielsweise ihre Schulen zu sanieren oder Kindergärten ordnungsgemäß herzurichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer in Bayern von gleichen Lebensbedingungen spricht, muss dafür sorgen, dass diese Aufgaben und die Aufgabe der Inklusion in allen Kommunen erfüllt werden können, nicht nur in den Kommunen, denen es gut geht.

Was sind denn die Ursachen für diese schwierige Situation vieler bayerischer Kommunen? Die erste Ursache ist der Umstand, dass Steuergeschenke zulasten der Kommunen beschlossen worden sind, ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung herzustellen. Die zweite Ursache ist die stete Überwälzung von Bundes- und auch Landesaufgaben auf die Kommunen. Zwar wird zum Beispiel in den nächsten Jahren die Grundsicherung durch den Bund getragen, sie macht jedoch nur ein Sechstel der Sozialhilfe, die die Kommunen zu tragen haben, aus. Gerade in Gebieten mit großen Strukturschwierigkeiten sind diese Lasten für die Kommunen nur sehr schwer zu schultern. Hier brauchen wir einen angemessenen Ausgleich.

Einen angemesseneren Ausgleich brauchen wir auch bei der Eingliederungshilfe. Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie haben gesagt, dass Sie auf Bundesebene für ein Eingliederungsgesetz eintreten wollen, das die Kosten für die Eingliederung angemessen zwischen kommunaler Ebene, Landesebene und Bundesebene verteilt. Wir sagen: Übernehmen Sie doch als Land Bayern erst mal ein Drittel der Kosten für die Eingliederungshilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre angemessen, anstatt diese Kosten zum größten Teil auf die kommunale Ebene zu schieben.

Das größte Problem dabei ist aber die fehlende Transparenz beim Zustandekommen des kommunalen Finanzausgleichs. Der kommunale Finanzausgleich wird leider nach wie vor durch Mauschemeln herbeigeführt. Die Auswirkungen, die das Drehen der Stellschrauben zur Folge hat, werden nicht berechnet.

Sie verschieben die Schlüsselmasse der Landkreise insbesondere zulasten der ärmeren Landkreise, und legen nicht einmal die Auswirkung dar, die diese Veränderungen in diesem Finanzausgleich auf die Schlüsselmasse haben wird.

Die demografischen Ausgleichsfaktoren sind nicht ausreichend. Sie werden zwar mit schönen Worten geschildert, bewirken aber nicht einen ausreichenden Ausgleich zwischen armen und reichen Kommunen in Bayern.

Wir sagen: Statt peinlichen Ausfällen, die dann als Abwehrreaktion oder als Entschuldigung kommen, wie von Finanzminister Söder die Lex München, brauchen wir die vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof geforderte Transparenz. Diese sollten Sie herstellen und fair auf Augenhöhe mit den Kommunen verhandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Ums Wort hat Herr Staatssekretär Pschierer gebeten. Nach seiner Rede folgt dann eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, manches war schwer zu ertragen.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen gleich vorab eine persönliche Anmerkung meinerseits. Ich habe es mir als junger Mann - da war ich noch nicht Parteimitglied der CSU - angewöhnt, auf dieses Land immer ein Stück weit stolz zu sein, wenn dieses Bayern besser dastand als viele andere Bundesländer. Wohlgermerkt, das war vor meiner Zeit als Parteimitglied. So denke ich übrigens heute noch. Ich freue mich, wenn bayerische Wissenschaftler, bayerische Unternehmer, bayerische Sportler vorne stehen und den Ruf und das Ansehen des Freistaates Bayern mehren. Auch diese Staatsregierung tut das

(Lachen bei der Opposition)

mit einigen Alleinstellungsmerkmalen, auf die ich noch einmal deutlich hinweisen möchte.

Es ist nicht so, wie Sie uns erzählen wollen, dass wir einmal kurzfristig einen ausgeglichenen Haushalt aufgestellt haben. Wir haben einen solchen Haushalt 2006 und 2007 gemacht und, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben ihn nach der Landtagswahl fortgeführt: Wir haben nach der Landtagswahl 2008 nicht anders gehandelt als vorher.

Deshalb weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, wenn Sie sagen, das sei alles nur Makulatur, und hier würden die Leute getäuscht. Nein, das ist ein Markenzeichen dieser Staatsregierung: ein ausgeglichener Haushalt seit sieben Jahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Makulatur ist das Markenzeichen!)

Das Zweite: Sie dürfen auch stolz darauf sein, dass der Freistaat Bayern das erste Bundesland ist, das sich mit klarem Kurs auf den Weg gemacht hat, sich zu entschulden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Auch da gilt das Gleiche wie vorher. Wir zahlen in diesem Jahr eine Milliarde Euro Schulden zurück.



(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aus dem Pensionsfonds heraus!)

- Entschuldigung, Herr Aiwanger, wir werden es in den Jahren 2013/2014 mit einer weiteren Milliarde fortführen - zwei Milliarden Euro in drei Jahren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Alles von den Pensionären!)

Wir tilgen damit fast 10 % der Staatsschulden im allgemeinen Staatshaushalt. Das macht kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Alexander König (CSU):  
Genau! - Markus Rinderspacher (SPD): Landesbankschulden!)

Jetzt kommt immer Ihr Lieblingsargument: Diese CSU/FDP-Regierung

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer Schulden macht, muss wissen, wie er sie wieder abbaut!)

macht es und spart, drückt die Kommunen, die Beamten und weiß Gott wen alles.

Herr Kollege Rinderspacher, wir haben nach wie vor die höchste Investitionsquote. Wissen Sie, das ist die große Kunst:

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Zu sparen und gleichzeitig zu investieren. 12,4 % Investitionsquote!

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den Sie immer gern anfügen, wenn Sie sagen, da wird auf Kosten der Kommunen gespart. Die bayerischen Kommunen haben mit den besten Finanzierungssaldo in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Wenn das so wäre, wie Sie behaupten, dann würde das nicht so aussehen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Punkt zwei. Es sind die nordrhein-westfälischen Kommunen, die fordern, den Beitrag der Kommunen zum Solidarpakt abzuschaffen, weil ihnen die Luft ausgeht! Den Kommunen in den Ländern geht die Luft aus, wo Sie an der Regierung sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Das ist die ganze Wahrheit! - Gegenrufe von der Opposition)

Jetzt will ich Ihnen zum kommunalen Finanzausgleich etwas sagen: 7,3 Milliarden Euro umfasst er in diesem Jahr, das ist der höchste kommunale Finanzausgleich in der Nachkriegsgeschichte des Freistaates Bayern. Da kann man sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, über die Treffgenauigkeit des Systems FAG wahrlich unterhalten. Da können wir gern diskutieren, und das tun wir auch. Herr Rinderspacher, dazu lade ich Sie und alle anderen ein: Am Finanzausgleich können wir jederzeit auch einzelne Stellschrauben verändern. Nur heißt das dann ganz konkret, dass Sie hier nicht sagen dürfen: Es muss in München alles so bleiben, wie es ist.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Das kann nicht sein, wenn ich Wunsiedel helfen will.

Und, Herr Aiwanger, ich weiß nicht, worüber Sie sich mit Herrn Ude in Schwaben unterhalten haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Steht in der Zeitung!)

- Ja, da stand: bei Mozzarella und Tomatensalat. Aber, Herr Aiwanger, vielleicht haben Sie ihm einmal erklärt, wie groß Bayern ist und wo die strukturschwachen Regionen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wissen Sie, der Unterschied zwischen uns ist: Wir wissen, dass es strukturschwache Kommunen gibt, und wir wissen auch, wo die in Bayern liegen. Das müssen Sie dem Herrn Ude erst noch einmal erzählen, wo die strukturschwachen Kommunen liegen.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt sie auch verbreitet, seid dafür dann auch verantwortlich!)

Nochmals zum kommunalen Finanzausgleich: Wir werden dieses hohe Volumen beibehalten.

(Zuruf von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir werden uns aber im Doppelhaushalt ganz genau anschauen, was wir für die strukturschwachen Kommunen tun können. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, da gibt es insbesondere zwei Stellschrauben. Eine, die ich persönlich nicht so gern habe, sind Konsolidierungshilfen. Aber wir werden sicherlich beim Thema Bedarfszuweisungen die eine oder andere Stellschraube mit verändern müssen, um gerade den Kommunen in Oberfranken und in anderen strukturschwachen Gebieten zu helfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nächster Punkt ist der Vorwurf, der bei den Rednern der Opposition immer herauszuhören war, das sei ein reines Zahlenwerk, hier würden keine Strukturen gesetzt, hier würden auch keine Inhalte transportiert.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Pschierer, Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kamm?

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Später!

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Später. Gut.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Ganz kurz noch einmal zu den Stellschrauben des Haushalts insgesamt.

(Zurufe von der SPD)

Diese Staatsregierung hat drei Begriffe ins Zentrum ihrer Politik gestellt: Familie, Bildung und Innovation, und dieser Nachtragshaushalt spricht auch diese Sprache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rund 16 Milliarden Euro gibt der Freistaat Bayern für Bildung aus - mehr als ein Drittel des bayerischen Staatshaushalts. Sie werden kein Bundesland finden, das hier in den letzten Jahren mehr getan hat als wir.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Zweite. Die familienbezogenen Leistungen im Nachtragshaushalt summieren sich jetzt auf 2,4 Milliarden Euro, 0,8 Milliarden Euro mehr als 2008. Wir werden mit das familienfreundlichste Land der Bundesrepublik Deutschland werden, und das bei einem ausgeglichenen Haushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Und wir machen Familienpolitik auch ohne ideologische Scheuklappen, wie Sie es tun. Ich will ein paar Punkte aufgreifen, die von den Oppositionsrednern angeführt worden sind.

Herr Kollege Halbleib, Sie haben den ORH angeführt.

(Alexander König (CSU): Das war heute die schlechteste Rede!)

Herr Halbleib, jetzt muss ich Ihnen etwas sagen. Ich kenne und schätze Sie. Ich habe Sie im Ausschuss ein paar Mal erlebt, aber Sie sind heute mit dieser Rede weit, weit, weit unter Ihren Möglichkeiten geblieben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß nicht, woran es lag.

(Zurufe von der SPD)

Aber Sie haben Ihr Potenzial nicht ausgeschöpft.

Fangen wir also beim ORH an. Was den ausgeglichenen Haushalt angeht, die Schuldenbremse und die Schuldentilgung: Zeugnisnote 1 A durch den ORH. Zur Wahrheit gehört auch, dass es kritische Anmerkungen gibt.

Ich fange mit der ersten an; Sie haben die Personalsituation angesprochen. Staatsminister Söder hat darauf reagiert, genau so wie sein Vorgänger.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Herrn Fahrenschn haben Sie doch vorhin noch gelobt.

(Volkmar Halbleib (SPD): 4.000 Stellen sind gestrichen!)

Im Doppelhaushalt 2009/2010 wurden 500 neue Stellen vorgesehen. In diesem Jahr, 2012 gibt es 1.000 neue Anwärter. Das heißt, das Thema Personal wird gelöst.

Zweites Thema sind die Betriebsprüfer.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Herr Halbleib, dann schauen Sie sich die Statistik einmal an. 80 % von der Mehrwertsteuer, die wir durch Betriebsprüfungen einnehmen, kommen aus den Großunternehmen, auch aus den Großunternehmen hier in der Metropolregion München. Sie wissen, wenn Sie sich mit Steuerrecht beschäftigen, dass diese Großunternehmen regelmäßig und lückenlos geprüft werden. Darum lasse ich diesen Vorwurf nicht gelten und weise ihn auch mit Entschiedenheit zurück, Herr Halbleib.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten werdet Ihr sie erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Gegenruf des Abgeordneten Alexander König (CSU): Das sind Halbwahrheiten!)

Die Effizienz der bayerischen Steuerverwaltung ist in ganz Deutschland anerkannt. Am Schluss geht es für den Herrn Minister, den Herrn Ministerpräsidenten und für uns alle um die Prüfungsergebnisse, und die Prüfungsergebnisse sind hervorragend. Deshalb weise ich den Vorwurf zurück.

(Alexander König (CSU): Gutes Personal! - Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zum nächsten Vorwurf, zur Landesstiftung. Man könnte fast meinen, die Opposition war im Stiftungsrat nie vertreten.

(Alexander König (CSU): Welche Vorschläge hat die Opposition denn gemacht? - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sitzen doch auch mit drin. Ich will Ihnen eines sagen: Von 2003 bis 2007 haben wir uns nach der Wandlung von den HRE-Aktien - Hypo Real Estate - verabschiedet. Das war richtig. Gleichzeitig haben wir uns von dem größten Teil der Unicredit-Aktien verabschiedet.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Wenn Sie so begabt sind, wie Sie hier tun, wenn Sie die Aktienkurse schon antizyklisch antizipieren können, dann machen Sie sich doch als Finanzberater selbständig. Danach sind immer alle klüger.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben sich bis auf die Knochen blamiert!)

Tatsache ist doch, dass das Stiftungsvermögen der Landesstiftung 800 Millionen Euro beträgt. Wenn Sie die Kurzfristbetrachtung beim Aktienkurs außen vor lassen, dann hat sich das Stiftungsvermögen vermehrt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn die Aktienkurse gestiegen wären, dann wäre es mehr geworden!)

- Wenn der Hund nicht geschissen hätte, Herr Aiwanger! Junge, Junge, Junge, Herr Aiwanger. Mein Gott!

(Beifall bei der CSU)

Also, alle drei Punkte, die der ORH angemerkt hat, können wir hiermit zurückweisen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein erbärmlicher Auftritt!)

Ich komme nun zu einem Punkt, der mir gerade im Rahmen dieser Nachtragshaushaltsdebatte wichtig ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss sich einmal ansehen, was von dieser Seite des Hohen Hauses zum Thema Wirtschaftswachstum derzeit diskutiert wird. Herr Rinderspacher, wir werden es den Menschen draußen in aller Deutlichkeit erzählen: Sie, die SPD, sind heute die Steuererhöhungspartei schlechthin in Deutschland, und zwar nicht für die Großverdiener, nicht für den Spitzensteuersatz, sondern für die Grundsteuer, auch für die Grundsteuer des ganz normalen Einfamilienhausbesitzers.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen wieder die Vermögensteuer. Die GRÜNEN gehen sogar soweit, eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 100 Milliarden Euro einzuplanen. Nun entziehen Sie doch einmal der deutschen Volkswirtschaft 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig wollen Sie Wachstumspolitik machen?

(Alexander König (CSU): Das ist das Einzige, was Ihnen einfällt!)

Das heißt, von der Erbschaftsteuer über die Grundsteuer bis zur Vermögensteuer wollen Sie alle Steuern erhöhen. Sie sind also die Steuererhöhungspartei!

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Ihre Vorschläge summieren sich heute auf über 20 Milliarden Euro jährlich. So viel Geld wollen Sie abkassieren. So wollen Sie ein Land wirtschaftlich nach vorne bringen? - Das ist ein Irrweg, den werden wir bekämpfen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun noch ein schönes Zitat. Ich habe erst gedacht, Marx und Lenin sind tot, aber bei der SPD leben sie inzwischen wieder auf. Der Leitsatz beim kleinen Parteitag der SPD lautete: "Wir wollen das Primat demokratisch legitimierter Politik gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen."

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht! Marx und Lenin sitzen auf dieser Bank, beim Ministerpräsidenten! - Unruhe bei der SPD)

Das hätte Lafontaine nicht besser formulieren können, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, nur noch ein Punkt zum Abschluss, weil Frau Kollegin Stamm etwas zur Landesbank angemerkt hat. Frau Kollegin Stamm, ich habe es Ihnen schon ein paar Mal erklärt. Versuchen Sie doch einmal zuzuhören. Der Wert einer Bank bemisst sich nicht nach den Verlusten der Vergangenheit, sondern am Geschäftsmodell und an den Ertragserwartungen der Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Staatsminister Söder ist heute auf dem Weg, für die Zukunft dieser Landesbank zu arbeiten und dafür, dass diesem Staatshaushalt wieder Geld zurückgeführt wird, was diese Landesbank angeht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wird die Kommunen wieder viel Geld kosten! - Unruhe bei der SPD)



- Herr Aiwanger, im Gegensatz zu Ihnen freue ich mich, wenn es unserer Landesbank gut geht. Ich freue mich darüber, weil der bayerische Mittelstand, insbesondere der gehobene bayerische Mittelstand, diese Bank will und diese Bank auch braucht. Haben Sie deshalb bitte Verständnis, wenn Sie heute mit dem Staatssekretär vorlieb nehmen müssen und nicht mit Herrn Staatsminister diskutieren können.

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich fest: Dies ist ein Nachtragshaushalt, der klare Zeichen setzt, was den ausgeglichenen Haushalt angeht, was die Zukunftsorientierung dieses Landes, des Freistaats Bayern angeht. Der Freistaat Bayern war immer ein Land der Chancen und er wird ein Land der Chancen bleiben. Wir sollten alle ein Ziel haben, und das möchte ich nun abschließend als Familienvater sagen: Ich will dazu beitragen, dass ich meinen beiden Kindern als Politiker nicht einen Berg Schulden hinterlasse, sondern Chancen für die Zukunft. Deshalb: Stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch einen Moment hier, es schließen sich noch zwei Zwischenbemerkungen an. Zunächst Frau Kamm. Bitte schön.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Staatssekretär, wenn der Finanzminister in Sachen Landesbank unterwegs ist, habe ich immer Sorge,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass zu Lasten der Mieterinnen und Mieter der GBW saniert wird. Wir wissen aber nicht genau, was der Finanzminister heute tut.

(Zuruf: Das weiß keiner!)

Ich habe eine Frage an Sie. Sie haben gesagt, Sie wollen die oberfränkischen und die oberpfälzischen Landkreise besserstellen. Bei diesem Finanzausgleich 2012 wird an

zwei Stellschrauben gedreht. Zum einem wird der Demografiefaktor auf zehn Jahre ausgeweitet, zum anderen werden die Grunderwerbsteuerüberlassungsbeträge der Landkreise bei der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt. Das sind die zwei Stellschrauben dieses Finanzausgleichs. Mich würde nun von Ihnen interessieren: Haben die oberpfälzischen und die oberfränkischen Landkreise dadurch mehr Schlüsselzuweisungen, als wenn man das nicht gemacht hätte?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Frau Kollegin, wenn Sie sich mit dem Thema beschäftigt hätten, dann wüssten Sie, dass dieses Thema auch auf die Klage der oberbayerischen Landkreise zurückgeht. Für diese Landkreise muss ich auch Verständnis haben, denn es gibt bayerische und oberbayerische Landkreise, beispielsweise den Landkreis Ebersberg, die vor dem Finanzausgleich unter den ersten zehn rangieren, nach dem Ausgleich rutschen sie auf die Platzziffern 50 oder 60 nach hinten. Wir haben deshalb bei der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen etwas geändert. Das ist aber keine Verschiebung, wie Sie meinen, sondern das kam von den oberbayerischen Landkreisen. Es war Gott sei Dank möglich, mit den oberbayerischen Landkreisen zu einer Lösung zu kommen, sodass die Klage zurückgezogen werden wird.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nun noch eine zweite Zwischenbemerkung. Herr Kollege Wörner, bitte schön.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Kollege Grimm, ich bin etwas über Ihren Mut überrascht. Sie waren bei bestimmten Entscheidungen der Landesstiftung doch anwesend. Ich kann leider nicht sagen, wer was wann getan hat, denn ich bin selbst Mitglied dieser Stiftung.

(Alexander König (CSU): Hat er Vorschläge gemacht? Wahrscheinlich nicht!)

Sie könnten uns aber bestimmt sagen, wer bereits vor einem halben Jahr die Frechheit besessen hat, zu sagen: "Verkaufen!", und wer es dann nicht getan hat und damit 60 Millionen Euro in den Sand gesetzt hat. Innerhalb eines halben Jahres wurden 60 Millionen Euro verbrannt, wenn man der "Süddeutschen Zeitung" und den Berichten glauben darf.

(Thomas Hacker (FDP): Die Zahlen wurden ja zugespielt, das wird schon stimmen!)

Wenn man sich vorstellt, dass Entscheidungsträger dieser Regierung, die im Stiftungsrat sitzen, solch ein Desaster anrichten und dann hier die große Lippe riskieren, dann stelle ich fest: Da muss man schon sehr mutig sein.

(Beifall bei der SPD)

Stellen Sie sich doch einmal vor, wie lange ein Mensch dafür arbeiten muss, bis er 60 Millionen Euro hat.

(Alexander König (CSU): Herr Wörner, wer hier die große Lippe riskiert, das ist doch die Frage! - Georg Schmid (CSU): Mein Name ist Hase!)

Und dann heißt es: Das ist halt passiert, da kann man jetzt auch nichts mehr machen, das ist blöd gelaufen. Also von wegen, da muss man gescheit sein. Man muss nur nachdenken und sollte nicht seinen Auguren folgen, sondern das eigene Gehirn benutzen, dann führt das nicht zu großen Schäden.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Kollege Wörner, zunächst zwei Vorbemerkungen. Die freche dicke Lippe, die riskieren doch Sie.

Zum Zweiten: Ich weiß nicht, welche Zahlen Sie der "Süddeutschen Zeitung" aus dem Stiftungsrat zugespielt haben. Sie müssen schon selbst wissen, ob es die richtigen oder die falschen Zahlen waren.

Nun zu der Frage, die Sie gestellt haben. Sie wissen, das Stiftungsvermögen der Landesstiftung hat sich mit der Entwicklung der Bankenlandschaft in Bayern geändert, das heißt, wir hatten viele HRE-Aktien. Ich bin froh, dass wir uns von diesen Aktien zu 100 % verabschiedet haben. Das war auch Ihr Wunsch. Diese Entscheidung wurde gemeinsam getragen. Wir haben uns auch von einem Großteil, und zwar von insgesamt drei Vierteln der Unicredit-Aktien getrennt. Auch das war richtig. Wir haben hier mit der Bayerischen Versorgungskammer künftig sicherlich jemanden, der uns in der Anlagestrategie positiv begleiten kann und auch begleiten wird. Aktienkurse, und das ist in einer Marktwirtschaft gut so, lassen sich nicht steuern. Wenn es gut geht, und die Aktien nach oben gehen, freuen wir uns. Wenn es nach unten geht, ist es sicher nicht das, was wir uns wünschen.

Abschließend bleibt zu sagen: Aus dem Vermögen der Landesstiftung - das ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig - sind viele kulturelle und soziale Einrichtungen gefördert worden. Dieses Stiftungsvermögen beträgt 800 Millionen Euro und es hat sich über einen langen Zeitraum um über 400 Millionen Euro erhöht. Deshalb: Stellen Sie bei Aktien keine Kurzfristbetrachtung an. Das funktioniert nicht und ist nicht legitim.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung. Herr Kollege Aiwanger hat das Wort.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Herr Pschierer, noch eine Frage: Wir sehen, dass Sie auf Gedeih und Verderb auf den ausgeglichenen Haushalt bzw. auf Schuldenabbau aus Sicht des Freistaates hinweisen bzw. hinwirken. Wir sehen, dass dabei teilweise über Leichen gegangen wird. Jetzt zwei ganz konkrete Fragen: Thema Beihilfeverfahren für die Sparkassen: Wie ist in dieser Beziehung der Verhandlungs-

stand? Haben die bayerischen Sparkassen zu befürchten, über Gebühr noch mal für das Landesbankdebakel bezahlen zu müssen?

Zweitens: GBW-Wohnungen: Sie wissen genau, dass von der Staatsregierung in letzter Zeit Falschaussagen gemacht worden sind, wonach der Freistaat Bayern diese Wohnungen nicht übernehmen dürfe. Jetzt heißt es, es dürfe wohl doch sein. Wie ist Ihre Verhandlungsposition und was werden Sie den Mietern der GBW-Wohnungen sagen können?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Herr Aiwanger. Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Kollege, die Aussage, die Staatsregierung würde über Leichen gehen, halte ich für bodenlos, unverschämt und dumm.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seit ich diesem Parlament angehöre, habe ich nie ein höheres Maß an Populismus erlebt, als wenn Sie sich äußern und ans Pult gehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei aller gebotenen Notwendigkeit einer sachlichen Debatte: Herr Aiwanger, es gibt keine Landesregierung, die Anteilseigner bei einer Landesbank war, die die Sparkassen mehr geschont hat als die Bayerische Staatsregierung, indem sie einen Anteil von fünf Milliarden übernommen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gibt keine Staatsregierung, die in Brüssel - unabhängig vom Beihilfeverfahren - mehr für die Sparkassen kämpft als die Bayerische Staatsregierung. Sie wissen genau, dass Brüssel nicht immer ein Freund des deutschen Sparkassenwesens war. Überlegen Sie einmal und versuchen den Menschen Folgendes zu erklären: Sie besit-

zen zu zweit eine Firma zu 100 %, jeder hat 50 %, dann kommt eine Schieflage und einer der beiden Partner sagt: Übernimm du meinen Anteil. Wissen Sie, warum wir es getan haben? Weil wir wussten, dass gerade in einer mittelständisch orientierten Wirtschaftsstruktur wie im Freistaat Bayern die bayerischen Sparkassen neben den Genossenschaftsbanken die klassischen tragenden Mittelstandsfinanzierer sind. Nur: Auch die baden-württembergischen oder nordrhein-westfälischen Sparkassen sind Mittelstandsfinanzierer. Die dortigen Landesregierungen haben aber anders gehandelt. Deshalb lasse ich diesen Vorwurf nicht gelten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweite Anmerkung: Ich werde den Teufel tun, mich zu einem Zeitpunkt, zu dem mein Minister in Berlin versucht, im Beihilfeverfahren entscheidende Schritte voranzukommen, hier zu Details zu äußern, Herr Aiwanger. Das ist hier nicht der richtige Platz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Punkt - auch wenn Sie es bisher nicht kapiert haben -: Wir sind nicht Herr des Verfahrens, ob es Ihnen, mir oder uns allen passt oder nicht. Herr des Verfahrens ist ein Wettbewerbskommissar. Deshalb werden wir in fairen Gesprächen mit den Sparkassen gemeinsam versuchen, mit der Kommission zu einem Abschluss zu kommen. Wir haben nicht auf kurzfristige Lösungen gesetzt, sondern eine nachhaltige Lösung angestrebt. Deshalb ist es richtig, den Weg zu beschreiten, den wir gegangen sind, nämlich in fairer Abstimmung mit den Sparkassen zu handeln, was deren stille Einlagen angeht. Das ist von den Sparkassen anerkannt und ist auch kein Geheimnis. Was den Wert der Landesbausparkasse und anderer Parameter angeht, wird sicherlich erfolgsorientiert verhandelt.

Letzter Punkt, Herr Aiwanger: Hören Sie endlich auf, den Menschen in München und in meiner Heimat Angst zu machen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben schon Angst!)

Das, was Sie machen, ist Populismus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg unter Führung von Herrn Kretschmann hat zugestimmt, dass die Wohnungen der dortigen Wohnungsbaugesellschaften der Landesbank Baden-Württemberg an PATRIZIA in einem Bieterverfahren verkauft worden sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Interessiert mich nicht!)

Sie wissen so gut wie ich, dass die EU-Kommission in allen Fällen - nicht nur beim Verkauf der GBW-Wohnungen - ein transparentes, offenes und diskriminierungsfreies Bieterverfahren befürwortet und bevorzugt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich sehe, wir stimmen uns auf die bevorstehenden Abstimmungen ein. Dazu bitte ich Sie herzlich um Aufmerksamkeit, denn es ist ein Abstimmungsmarathon. Ich möchte erreichen, dass jeder weiß, worüber wir abstimmen und außerdem sparen wir Zeit, wenn Sie sich dabei konzentrieren. Dann können wir zügig durch diesen Marathon mit einer Vielzahl von namentlichen Abstimmungen kommen.

Zunächst schließe ich die Aussprache. Ich bitte auch darum, dass sich wieder alle Abgeordneten hinsetzen. Dann können wir weitermachen. Zur Abstimmung werden die Tagesordnungspunkte getrennt. Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2012 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 1.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/10799 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/11875.

Wer dem Gesetzentwurf mit dem vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Das ist die Frau Kollegin Pauli.

Damit kommen wir gleich zur Schlussabstimmung, weil ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde. Diese Schlussabstimmung erfolgt in einfacher Form. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Pauli.

Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2012. Das ist unser Tagesordnungspunkt 2. Zunächst stimmen wir über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan 2012 ab. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2012, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/11954 zugrunde.

Zunächst lasse ich über die heute eingereichten und nicht im Ausschussverfahren vorgeberatenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11997, 16/11998 und 16/11999 abstimmen.



Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP betreffend "Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung - Förderung des weiteren Breitbandausbaus (Hochgeschwindigkeitsnetze) - Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf Drucksache 16/11997 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die SPD auch? -

Dann also noch einmal: Wer dem Antrag der CSU und der FDP zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Die Einsicht kommt spät!)

Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. Die Gegenstimmen bitte! - Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich hatte vorhin darum gebeten, dass wir uns etwas konzentrieren. Dem Änderungsantrag ist zugestimmt worden. Die beschlossenen Änderungen sind anschließend bei der Abstimmung über den Nachtragshaushaltsplan und das Nachtragshaushaltsgesetz entsprechend zu berücksichtigen.

Jetzt kommen die beiden anderen Änderungsanträge, die zu diesem Themenkomplex heute noch eingereicht wurden.

Es ist der Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung - Förderung des weiteren Breitbandausbaus (Glasfaserprogramm) - Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf Drucksache 16/11998. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Kollegen der CSU, der FDP und der GRÜNEN.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Martin, du stimmst ja gegen deinen Antrag!)

Stimmenthaltungen? - Keine. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung - Förderung des weiteren Breitbandausbaus - Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf Drucksache 16/11999 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. - Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Die Gegenstimmen bitte. - Die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? - Frau Kollegin Dr. Pauli. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Vonseiten der SPD-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER wurde zu mehreren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt. Über diese Änderungsanträge lasse ich jetzt vorweg einzeln abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11221 betreffend "Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften" abstimmen. Dazu ist, wie gesagt, namentliche Abstimmung beantragt worden. Jeder weiß, worum es geht. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wieder an den üblichen Stellen bereitgestellt. Wir haben fünf Minuten Zeit für die Abstimmung.

(Zurufe: Drei Minuten!)

Wir verkürzen dann auf drei Minuten. Das erste Mal haben wir fünf Minuten. Die Abstimmung beginnt.

(Namentliche Abstimmung von 17.15 bis 17.20 Uhr)

Die Abstimmung ist noch nicht abgeschlossen. Ich bitte Sie, schon einmal Platz zu nehmen. Wir machen nur weiter, wenn die Kolleginnen und Kollegen auch sitzen. - Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis ermitteln wir außerhalb des Plenarsaals.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Rechtspfleger" auf Drucksache 16/11222. Die Urnen sind wieder aufgestellt. Jetzt verkürzen wir den Rhythmus. Wir haben drei Minuten Zeit. Die Stimmabgabe beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17.20 bis 17.23 Uhr)

Bitte setzen Sie sich alle wieder hin. Ich schließe die Abstimmung. Die drei Minuten sind um.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Projekt Vollzug der Jugendstrafe in freier Form" auf Drucksache 16/11224. Für die Abstimmung haben Sie erneut drei Minuten Zeit. Es geht los.

(Namentliche Abstimmung von 17.24 bis 17.27 Uhr)

Ich bitte Sie, sich wieder zu setzen. Wir werden das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals ermitteln und die Ergebnisse später bekannt geben. Die drei Minuten sind jetzt um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Präventionsprogramm gegen rechte Gewalt" auf Drucksache 16/11232. Dazu erfolgt jetzt die namentliche Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.27 bis 17.30 Uhr)

Ich darf wieder um Aufmerksamkeit bitten. - Die Stimmabgabe ist jetzt abgeschlossen, vielen Dank.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung auf: den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 16/11236 betreffend "Verwaltungsangestellte an Schulen". Wir können jetzt sofort beginnen. Auf geht's. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.31 bis 17.34 Uhr)

Ich darf um Ruhe bitten. - Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist jetzt abgeschlossen.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung auf: den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11276 betreffend "Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger". Auch hierzu jetzt namentliche Abstimmung. Drei Minuten. Es geht los.

(Namentliche Abstimmung von 17.34 bis 17.37 Uhr)

Ich bitte Sie wieder um Aufmerksamkeit. Die drei Minuten sind abgelaufen. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Das Nächste ist die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11283 betreffend "Energiewende - energetische Sanierung staatlicher Gebäude". Die Zeit für die Stimmabgabe: erneut drei Minuten. Wir fangen jetzt an.

(Namentliche Abstimmung von 17.38 bis 17.41 Uhr)

Darf ich Sie bitten wieder Platz zu nehmen? - Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert und anderer (SPD), Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012, Erneuerung und Instandsetzung von Brücken, Kapitel 03 80 Titel 772 08 Anlage A, auf Drucksache 16/11289. Darüber kann jetzt abgestimmt werden. Drei Minuten bitte.

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.44 Uhr)

Wir nähern uns langsam, langsam dem Ende der Zeit. Wir kommen zügig voran. Keine Beschwerden? - Diese Abstimmungen sind das gesündeste, was wir heute machen: ein bisschen Bewegung. - Drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Die nächste Abstimmung ist zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/11305 zum Nachtragshaushaltplan für das Haushaltsjahr 2012, Erhöhung der Vereinspauschale, Kapitel 05 04 Titel 685 91. Die Abstimmung beginnt jetzt; drei Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.44 bis 17.47 Uhr)

Gleich werden die drei Minuten um sein. Ich bitte wieder um etwas mehr Aufmerksamkeit. Jetzt ist die Stimmabgabe abgeschlossen.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung auf. Wir bleiben sportlich. Es handelt sich um den Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz und anderer (SPD), Nachtragshaushaltplan für das Haushaltsjahr 2012, hier Vereinseigener Sportstättenbau auf Drucksache 16/11306. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt; drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.47 bis 17.50 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich lasse über den nächsten Änderungsantrag abstimmen. Es geht um den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11309. Darin geht es um 943 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte an allen Schularten. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.54 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Es beginnt die nächste namentliche Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/11477. Es ist ein Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion. Dabei geht es um die Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt, drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.55 bis 17.58 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse zwischenzeitlich über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER, Drucksache 16/11561, abstimmen. Hierbei geht es um den Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH. Die Abstimmung ist eröffnet. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.58 bis 18.01 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 16/11565 betreffend "Versorgungsrücklage" durch. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 18.01 bis 18.04 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 16/11566 betreffend "Versorgungsfonds". Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 18.05 bis 18.08 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse jetzt namentlich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11591 betreffend "Energiewende - Energieagenturen: Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen" abstimmen. Die Stimmabgabe ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 18.09. bis 18.12 Uhr)

Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse jetzt namentlich abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11593 betreffend gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Studienbeiträge abschaffen.

Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

(Namentliche Abstimmung von 18.12 bis 18.15 Uhr)

Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11603 betreffend Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke gemäß Artikel 15 FAG.

Ich bitte, die Stimmkarten in die Urne einzulegen.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.18 Uhr)

Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich bitte jetzt um die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11604 betreffend Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urne zu legen.

(Namentliche Abstimmung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Ich lasse namentlich abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11606 betreffend Zahlungen in Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds entsprechend dem Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern.

Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urne zu legen.

(Namentliche Abstimmung von 18.22 bis 18.25 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, weil ich dann die Ergebnisse der einzelnen namentlichen Abstimmungen bekanntgeben möchte. Ich bitte, hier zu verbleiben, da noch weitere namentliche Abstimmungen stattfinden. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich kann Ihnen schon die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Zunächst zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11221, Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften. Mit Ja haben 83 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 87 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 32. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11222, Rechtspfleger. Mit Ja haben gestimmt 29 Abgeordnete, mit Nein 86. Enthaltungen gab es 33. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)



Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11224, Projekt Vollzug der Jugendstrafe in freier Form. Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86 Abgeordnete und es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11232, Präventionsprogramm gegen rechte Gewalt. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88 und es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/11236, Verwaltungsangestellte an Schulen. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85 und es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/11276, Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 und es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Energiewende - energetische Sanierung staatlicher Gebäude" auf der Drucksache 16/11283. Mit Ja haben 65, mit Nein 87 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Erneuerung und Instandsetzung von Brücken" auf der Drucksache 16/11289. Mit Ja haben 33, mit Nein 121 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Erhöhung der Vereinspauschale" auf der Drucksache 16/11305. Mit Ja haben 65, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Vereinseigener Sportstättenbau" auf der Drucksache 16/11306. Mit Ja haben 66, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

SPD-Änderungsantrag betreffend "943 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte an allen Schularten" auf der Drucksache 16/11309. Mit Ja haben 50, mit Nein 101 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr" auf der Drucksache 16/11477. Mit Ja haben 46, mit Nein 103 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH" auf der Drucksache 16/11561. Mit Ja haben 32, mit Nein 85 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 30 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Versorgungsrücklage" auf der Drucksache 16/11565. Mit Ja haben 32, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Versorgungsfonds" auf der Drucksache 16/11566. Mit Ja haben 34, mit Nein 85 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Energiewende - Energieagenturen: Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen" auf der Drucksache 16/11591. Mit Ja haben 66, mit Nein 85 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Studienbeiträge abschaffen" auf der Drucksache 16/11593. Mit Ja haben 67, mit Nein 87 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG" auf der Drucksache 16/11603. Mit Ja haben 66, mit Nein 89 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände" auf der Drucksache 16/11604. Mit Ja haben 66, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

SPD-Änderungsantrag betreffend "Zahlungen in Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds entsprechend dem Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen in Freistaat Bayern" auf der Drucksache 16/11606. Mit Ja haben 54, mit Nein 89 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 20)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir alle Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen. Ich bedanke mich bei den Damen und Herren der Landtagsverwaltung dafür, dass die Stimmen so schnell ausgezählt wurden.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/11954.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan 2012 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen und der im vorher beschlossenen Änderungsantrag

auf der Drucksache 16/11997 enthaltenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung von Frau Kollegin Dr. Pauli ist der Nachtragshaushaltsplan 2012 in dieser Fassung angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden und vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht einzeln abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Ich verweise insoweit auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Teil I der Anlage 21)

Zum Nachtragshaushaltsplan 2012 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen, und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans 2012 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und von Frau Kollegin Dr. Pauli ist das so beschlossen.

Mit der Annahme des Nachtragshaushaltsplans 2012 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufge-

legten Liste enthaltenen Änderungsanträge und der Änderungsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/11997 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

(Siehe Teil II der Anlage 21)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2012 selbst.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/10800, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11616 bis 16/11623 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/11876 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11616 und 16/11618 bis 16/11623 abzustimmen. Auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER soll über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/11616 und 16/11620 in namentlicher Form abgestimmt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge, soweit keine namentlichen Abstimmungen beantragt worden sind, insgesamt abstimmen und der GesamtAbstimmung das Votum des jeweiligen federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? -Damit besteht Einverständnis. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweiligen federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Danke. Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung der Frau Kollegin Dr. Pauli übernimmt der Landtag diese Voten, und die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 16/11616 betreffend Zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt 2012. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals wiederum aufgestellt, und ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich denke, dass wir wiederum drei Minuten dafür ansetzen.

(Namentliche Abstimmung von 18.41 bis 18.44 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten wiederum außerhalb des Sitzungssaals auszuzählen.

Ich lasse jetzt gleich die namentliche Abstimmung durchführen über den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 16/11620, betreffend Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten in die Urnen zu geben.

(Namentliche Abstimmung von 18.45 bis 18.48 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich bitte, die Stimmkarten auszuzählen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich noch um ein wenig Geduld; wir müssen erst das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen haben.

(Unterbrechung von 18.49 bis 18.50 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung wieder auf und bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis der zwei soeben durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Änderungsantrag betreffend zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt, Drucksache 16/11616. Mit Ja haben gestimmt 15, mit Nein haben gestimmt 91, es gab 50 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 22)

Änderungsantrag betreffend Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich, Drucksache 16/11620. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein haben gestimmt 89, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 23)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen, es wird jetzt über den Gesetzentwurf abgestimmt.

Zum Gesetzentwurf auf Drucksache 16/10800 empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 16/11876.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung des vorher zum Nachtragshaushalt beschlossenen Änderungsantrags der Fraktionen der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/11997 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Bei Gegenstimmen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gegenstimme von Frau Kollegin Dr. Pauli ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Besteht damit Einverständnis, dass wir in einfacher Form abstimmen? - Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung des vorher zum Nachtragshaushaltsplan beschlossenen Änderungsantrags der Fraktionen von CSU und FDP auf der Drucksache 16/11997 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Fraktion der FREIEN WÄHLER, SPD-Fraktion,



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Frau Kollegin Dr. Pauli ist damit der Gesetzentwurf in der zur Abstimmung gestellten Fassung angenommen. Das Gesetz hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushalt 2012)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/11617 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012 abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf mich sehr herzlich für die Disziplin bei den Abstimmungen bedanken. Ich denke, das war dem Hohen Hause und den Haushaltsberatungen angemessen.

















































